



uster

Gemeinderat

Protokoll

**43. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 15. Februar 2010, 19:00 Uhr,
Gemeinderatssaal**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag des Stadtrates betreffend Geschäftsfeld Sport, Positionierung der städtischen Badeanlagen «3-Bäder-Betrachtung» (Antrag Nr. 357/2009)
- 4 Antrag der Primarschulpflege betreffend Abrechnung Projektierungskredit für den Neubau des Schulhaus' Krämeracker (Antrag Nr. 355/2009)
- 5 Antrag der Primarschulpflege und des Stadtrates betreffend Erweiterung Schulanlage Oberuster: Genehmigung der Bauabrechnung (Antrag Nr. 360/2010)
- 6 Antwort des Stadtrates und der Sekundarschulpflege auf die Motion Nr. 572 der Ratsmitglieder Marianne Siegrist, Balthasar Thalmann, Walter Meier und Werner Hürlimann betreffend «Einheitsgemeinde für Uster»
- 7 Motion Nr. 611 der Ratsmitglieder Petra Bättig und Matthias Bickel betreffend Alternative Heizsysteme in geschützten Ortsbildern
- 8 Interpellation Nr. 612 des Ratsmitglieds Walter Strucken betreffend «Gesundheitsversorgung in Uster»

Präsenz

Vorsitz	Claudia Wyssen, Präsidentin
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	33 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Beat Roos Julia Amherd Marius Weder
Unentschuldigt:	
Verspätet:	(ab Traktandum)
Presse	Werner Frei, ZO Eduard Gautschi, TA Stefan Hotz, NZZ Stephan Kälin, AvU

Die Präsidentin begrüsst alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste / Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärung:

Petra Bättig

Persönliche Erklärung zur Anfrage ‚Harmonisierung der Unterrichtszeiten‘

*Sehr geehrte Frau Gemeindepräsidentin
Geschätzte Anwesende*

Zuerst möchte ich mich bei der Primarschulpflege und bei Sabine Wettstein herzlich für die Antwort auf meine Anfrage zur Harmonisierung der Schulzeiten bedanken. Vor allem möchte ich mich dafür bedanken, dass man mein Anliegen aufgenommen hat und die Schülerinnen und Schüler in Zukunft zur gleichen Zeit Mittagspause haben werden wie die Kinder im Kindergarten. Das bringt sicher etwas mehr Ruhe in den Familienalltag.

Den Vorschlag, welcher im Leserbrief von Ursula Räuftlin, dargestellt wurde, finde ich sehr gut. Ich habe deshalb mit ihr Kontakt aufgenommen und möchte diesen Vorschlag der Primarschulpflege zur Diskussion geben.

Bei der Einführung der Blockzeiten wurde der Halbklassenunterricht für die Kleinen im Kindergarten gestrichen. Nun haben nur noch die Kinder, welche im zweiten Jahr im Kindergarten sind, an zwei Nachmittagen die Kindergartenlehrperson für sich allein. Alle anderen Stunden, die Blockzeiten am Morgen, finden als Gesamtunterricht statt. Ich finde das sehr schade, denn die Zeit mit den ‚Kleinen‘ wurde von unserer Tochter sehr geschätzt. Die Zeit mit einer Gruppe von kleineren Kindern konnte genutzt werden, diese gezielt zu fördern und für einmal ihr Bedürfnisse in den Vordergrund zu stellen.

Wenn man die Zeiten nicht nur mittags, sondern auch nachmittags harmonisiert, könnte man im Rahmen der vom Volksschulamt vorgeschlagenen Zeiten einen zusätzlichen Nachmittag für die jüngeren Kinder im Kindergarten gewinnen. Die entsprechenden Vorschläge, sind an die Primarschulpflege abgegeben worden und ich wäre sehr dankbar, wenn die Primarschulpflege diese Lösung auch noch prüfen könnte. Vielen Dank.

Petra Bättig, FDP/CVP Fraktion

Fraktionserklärung:

Matthias Bickel

Rückzug des Postulats "Hochlegung der S-Bahn im Zentrumsgebiet von Uster" KR-Nr. 349-2009 von Ferro / Okopnik / Weber, Grüne, Kantonsrat Zürich

Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Anwesende

Besser hätte es nicht passen können: Schön auf die Fastnachtszeit kommt das unsägliche Postulat der Grünen im Kantonsrat wieder auf die Bühne! Das einzig Gute daran: das Postulat wurde nun zurückgepiffen! Denn just vor einem Jahr rieben wir uns schon einmal die Augen ob diesem Papier! Wenn wir in Zürich auch Basler Fastnachtsschnitzelbänke hätten, wäre der Grünen Fraktion ein Platz ganz oben sicher gewesen!

Das heisst: Mindestens zehn Meter hoch! Denn auf diese Höhe wollte das Postulate bauen – und zwar auf solidem Beton. Das wäre nötig gewesen, um ein zweigleisiges S-Bahn-Hochtrasse quer durch Uster zu ziehen! Den schwebenden Bahnhof natürlich inklusive! Und Schallschutz hätte es auch

gebraucht, doch aus Glas kann das ja nicht sein, denn das wird schnell schmutzig und kann nur schlecht geputzt werden, was man den Zugpassagieren nicht zumuten will, also: der Zug muss in eine Betonröhre. Schön! Fertig ist das optische Wunderwerk! Und der Hohn der ganzen Welt wäre uns auch auf sicher gewesen! Man fragt sich, wie ein solcher realitätsfremder Vorstoss überhaupt eingebracht werden kann – und dies noch von jener Partei, die sich sonst aus Prinzip gegen jegliche neuen Bauwerke stellt! Fazit: Eine solche Vorlage gehört in die Fastnachtszeitung und nicht vor den Kantonsrat!

Leider ist die Sache aber viel zu Ernst: Der Rückzug des Postulats bestätigt das Gefühl, dass es hier nicht um einen konstruktiven Beitrag zur Lösung eines brennenden Problems ins Uster ging, sondern um den rein persönlichen und parteilichen Auftritt! Der Zweck heiligt offenbar die Mittel – und dies auf Kosten der Stadt Uster und ihrer Bevölkerung! Zu den herausgeworfenen Steuergeldern und der vergeudeten Zeit kommt aber noch etwas Schlimmeres hinzu: der Imageschaden für unsere Stadt! Wie steht es um die Glaubwürdigkeit der Stadt Uster, wenn solche Ideen beim Kanton eingeworfen werden?! Die SBB schauen uns nämlich auch zu...

Zu guter Letzt sind wir nun aber doch froh, dass sich mit dem glorreichen Rückzug dieses grünen Postulats unsere Verkehrsprobleme wenigstens nicht verschlimmbessern! Wer weiss, vielleicht schaffen wir es doch noch auf eine Schnitzelbank in Basel – immerhin das!

Wir von der FDP-/CVP-Fraktion plädieren auf jeden Fall weiterhin für gesunden Menschenverstand und für machbare Lösungen: Wenn wir schon etwas hochlegen, dann ist es die Strasse an der einzig richtigen Stelle – bei der Überführung Uster West!

*Für die Fraktion,
Matthias Bickel.*

Uster, 15. Februar 2010.

1 Mitteilungen

Die Vorsitzende verweist auf die Aktenauflage.

2 Protokollabnahme GR

Das Protokoll der 42. Sitzung des Gemeinderates vom 25. Januar 2010 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag des Stadtrates betreffend Geschäftsfeld Sport, Positionierung der städtischen Badeanlagen «3-Bäder-Betrachtung» (Antrag Nr. 357/2009)

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Walter Meier**.

*Sehr geehrte Präsidentin
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

Die KBK hat den Antrag am 11. Januar und am 1. Februar 2010 beraten. Für die Fragen aus der KBK standen jeweils Esther Rickenbacher (Stadträtin), Abteilungsleiter Thomas Rentsch, und Roger Moos (Architekt) Red und Antwort.

zur Planungs-Geschichte

- *Im Zusammenhang mit der letzten gross angelegten Leistungsüberprüfung stand unter anderem die Frage im Raum, das Dorfbad aufzuheben. Der Stadtrat hat in der Folge erkannt, dass es nicht möglich ist, das Dorfbad und seine Umgebung neu zu gestalten ohne die anderen Bäder mit einzubeziehen.*
 - *Schon bald wurde dem Stadtrat klar, dass bei allen drei Bädern Handlungsbedarf besteht. Seit rund zwei Jahren wird deshalb intensiv geplant*
 - a) *Strandbad: der Sanierungsbedarf ist sehr gross; das Garderobengebäude wurde 1937 erstellt, die Becken 1964 und 1983 erstmals saniert. Eine erste Kostenschätzung für die Sanierung der Becken (50-Becken und Becken Kinderbereich zusammenführen mit verschiebbarer Trennwand) kam auf 7.5 Mio. Aufgrund dieser Ausgangslage und weil klar war, dass auch beim Hallenbad einige Mio. verbaut werden müssen, suchte der SR nach einer günstigeren Lösung.*
 - b) *Hallenbad: Nach intensiven Gesprächen usw. ist heute klar, dass für Swiss Olympic Uster Wunschkandidatin für ein nationales Schwimmsportzentrum ist.*
 - c) *Dorfbad: Im Winter 2009/2010 wird im Dorfbad die PCB-Sanierung durchgeführt. Nachher ist für einen normalen Betrieb nur ein kleiner Sanierungsbedarf vorhanden. Allerdings stellt sich beim Dorfbad die Frage, ob der Park (ohne Schwimmbecken) der Bevölkerung das ganze Jahr zur Verfügung stehen soll und ob die Villa am Aabach ins Konzept einbezogen werden soll. Dazu hat der Stadtrat dem Gemeinderat jedoch einen separaten Antrag gestellt. Kosten, die aus diesem Antrag erwachsen könnten, sind im Antrag 357 nicht berücksichtigt.*
- Fazit: die 3-Bäder-Betrachtung sollte gemäss Stadtrat das Optimum aus allen 3 Bädern herausheben bei minimalen Kosten, wobei die jeweilige Standortgunst berücksichtigt wird.*
- *Der Gemeinderat wird jetzt mit dem Antrag 357 erstmals in die Planung einbezogen.*
 - *Bereits vor einem halben Jahr hat sich der Gemeinderat mit der Aufwertung des Ufers beim Strandbad befasst, weil nach Meinung des Stadtrates dies das einzige „Puzzle“-Teil ist, das unabhängig von allen anderen verwirklicht werden könnte. Aufgrund des Widerstandes aus dem Gemeinderat, hat der Stadtrat diesen Antrag zurückgezogen und legt dem Gemeinderat nun die „3-Bäder-Betrachtung“ vor.*
 - *Der Antrag 357 hat folgenden Zweck: der Stadtrat vom Gemeinderat wissen, in welche Richtung die weitere Planung gehen soll. Es liegen also erst grobe Kostenschätzungen vor. Aufgrund der Verhandlungen im Gemeinderat wird der Stadtrat die Planung an die Hand nehmen und wo nötig Planungskredite und Baukredite vom Gemeinderat und vom Volk einholen.*

Details zu den einzelnen Bädern

Dorfbad

- *Die aufgeführten Kosten beinhalten nur eine minimale Sanierung der Becken (neue Folie) und eine minimale Optimierung des Kioskbereichs.*

Strandbad

- *Die Becken wurden anfangs der 60er Jahre gebaut, weil damals das Baden im See absolut unzumutbar war. Da die Wasserqualität des Sees in der Zwischenzeit wesentlich besser ist, könnte auf die Becken auch wieder verzichtet werden.*
- *Die Becken im Strandbad sind in einem wesentlich schlechteren Zustand (als im Dorfbad); hier muss nebst der PCB-Sanierung und der Betonsanierung auch die gesamte Technik und die Leitungen erneuert werden. Zudem wäre eine Verbindung der beiden bestehenden Becken wünschenswert, weil so bei Bedarf der Kinderbereich vergrössert werden könnte.*
- *Das Garderobengebäude inkl. sanitäre Anlagen wurde seit 1937 nie wirklich saniert, hier besteht grosser Handlungsbedarf.*
- *Da heute noch unklar ist, wie sich die Situation beim Kiosk an der Schiffflände entwickelt und ob es in absehbarer Zeit ein Seerestaurant auch auf der Ustermer Seeseite gibt, möchte der Stadtrat den Kiosk-/Verpflegungsbereich im Seebad nicht sanieren oder ändern, auch wenn dieser Teil der Anlage kein Schmuckstück ist.*
- *Die Der Stadtrat möchte jedoch aus Kostengründen auf die Becken im Seebad verzichten; dies aber erst und nur, wenn die Erweiterung des Hallenbades zum nationalen Schwimmsportzentrum ausgeführt ist. Solange müsste auch die PCB-Sanierung warten.*
- *Der Stadtrat möchte, wie bereits ausgeführt, das Seeufer aufwerten und aus dem Strandbad ein Bad mit einem wirklichen Strand machen.*
- *Wenn die Becken aufgehoben sind, würde die Kasse aufgehoben, der Strandbad-Park wäre ganzjährig offen. Allerdings käme man kaum ohne Badeaufsicht während der Saison aus (Beispiel: Strandbad mit Sandstrand in Zug ist gratis, während der Badesaison ist ein Bademeister von 9 – 20 Uhr vor Ort).*
- *Die Kostenschätzung von 3 Mio für die Aufhebung der Becken enthält ca. 1.2 Mio. für die Sanierung der Garderobengebäude usw., ca. 1.5 Mio. für Umgebungsarbeiten und 0.3 Mio. für den Rückbau der Becken.*
- *Durch den Rückbau der Becken würde zudem dringend benötigte zusätzliche Liegefläche gewonnen.*

Hallenbad

- *Der Stadtrat wünscht sich in Uster ein nationales Schwimmsportzentrum aus folgenden Gründen:*
 - a) *das Ustermer Image als Sportstadt würde gestärkt; es ist anzunehmen, dass sich Schwimmerinnen und Schwimmer von nationalem Format in Uster niederlassen würden, weil sie hier täglich trainieren könnten*
 - b) *das Hallenbad ist zu klein, damit das Hallenbad wieder den ganzen Tag für das Publikum geöffnet werden kann, muss es vergrössert werden.*
 - c) *Eine Hallenbad-Erweiterung zum nationalen Schwimmzentrum käme wegen der zu erwartenden Subventionen die Stadt Uster letztlich günstiger als eine kleinere Erweiterung, die aber alleine finanziert werden müsste.*
- *Ein nationales Schwimmsportzentrum braucht gewisse Übernachtungsmöglichkeiten (Massenlager), damit Trainingslager am Ort durchgeführt werden müssen. Zudem muss der Verpflegungsbereich moderat erweitert werden.*
- *Im Moment ist das Schwimmen im Sommer und besonders die Liegewiese draussen nicht attraktiv. Falls das Hallenbad erweitert wird, müsste auch in dieser Richtung der Standard verbessert werden.*

Am 1. Februar wurden folgende Themen diskutiert:

a) Hallenbad – Benützungintensität durch Swiss Olympics usw.

Frage: Wenn der Ustermer Bevölkerung ein Schwimm-Leistungs-Zentrum verkauft werden soll, muss die Bevölkerung davon profitieren. Hat die Bevölkerung auch wirklich etwas davon?

Gemäss heutigem Planungsstand wird die Ustermer Bevölkerung von einem Schwimm-Leistungs-Zentrum profitieren:

- *ca. 50 % der Wasserfläche soll der Ustermer Bevölkerung (inkl. Schulschwimmen) während den Öffnungszeiten zur Verfügung stellen.*
- *Swiss Olympics ist ausschliesslich an den neuen Becken interessiert; beim 50-Meter-Becken, welches 14 Bahnen umfasst, sollen ein paar Bahnen dauernd der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Das 35 x 25 m-Becken ist als Trainingsbecken für Sport-Gymnastik (Synchron-Schwimmen) und Wasserball gedacht, wobei die Trainingszeiten normalerweise erst im späteren Nachmittag beginnen. Das 35 x 25 m-Becken wird also auch für das Ustermer-Schulschwimmen zur Verfügung stehen.*
- *Die heutige Schliessung am Vormittag für die Allgemeinheit wird es mit der Erweiterung des Hallenbades nicht mehr geben.*

b) Sandstrand und Wanderweg dem Ufer entlang

Frage: die ca. 1.3 Mio. für den Sandstrand tönen etwas hoch? Gäbe es da nicht einfachere spricht billigere Lösungen. Was sagen die Segler, Ruderer und Fischer zum Sandstrand-Projekt?

- *Beim Sandstrandprojekt geht es um 2650 m², die umgebaut werden; davon etwas mehr als 1000 m² ausserhalb der Seefläche, und 550 m² als abgegrenzter Flachwasserbereich für Nichtschwimmer. Ob eine andere Variante (die bestehende Betonmauer müsste so oder so entfernt werden) günstiger käme, ist eher unwahrscheinlich.*
- *Die Segler, Ruderer und Fischer (Gelände zwischen Strandbad und Schiffsteg) sind nicht gegen den Sandstrand und haben auch den entsprechenden Rekurs zurückgezogen. Aber sie wollen keinen durchgehenden Spazierweg durch das Strandbad, da dieser konsequenterweise auch durch ihr Gelände gehen müsste.*

Die Vorsitzende unterbricht und weist den Referenten darauf hin, dass die Dauer der Redezeit abgelaufen ist. Der Rat bewilligt einstimmig die Verlängerung der Redezeit.

c) Aufhebung der Becken im Strandbad

Die Becken im Strandbad sind offenbar - zumindest im Parlament – sehr beliebt. Die Aufhebung der Becken stösst auf Widerstand. Zum einen ist das Schwimmen im See und im Becken offenbar etwas ganz anderes, zudem sind die zusätzlichen Schwimmflächen im Hallenbad kein Ersatz für die Becken im Strandbad. Es soll deshalb nach einer Lösung gesucht werden, die Becken im Strandbad zu erhalten. Ein entsprechender Antrag wurde formuliert (siehe Abstimmungen).

d) nächste Schritte

- *der Stadtrat möchte nach einem Entscheid des Gemeinderats möglichst schnell die Planung des Hallenbads an die Hand nehmen.*
- *Die Seeuferaufwertung mit dem Sandstrand könnte auch relativ schnell ausgeführt werden (nach Saisonschluss im Herbst 2010). Der Stadtrat wird diesen Antrag aber nur dann im 2010 dem Gemeinderat vorlegen, wenn der Gemeinderat signalisiert, dass dieses Projekt im Winter 2010/11 ausgeführt werden sollte. Es müsste mehr sein als nur ein grundsätzliches JA zur Seeuferaufwertung gemäss Abstimmung Punkt 2.3.*
- *Die Planung des Strandbades (Sanierung oder Aufhebung der Becken und die Sanierung der weiteren Infrastruktur) würde erst nach einem Volksentscheid über das Hallenbad erfolgen.*

Abstimmungen

Die KBK hat wie folgt abgestimmt:

Punkt 1: Stadtrats-Meinung zu den 3 Bädern wurde mit 3 : 5 Stimmen abgelehnt.

Punkt 2.1. Sanierung und Erweiterung Hallenbad zum nationalen Schwimmsportzentrum wurde mit 8 : 0 zugestimmt

Punkt 2.2. Aufhebung der Becken im Strandbad wurde mit 2 : 6 verworfen

Punkt 2.3. Sandstrand im Strandbad wurde mit 5 : 3 zugestimmt

Punkt 2.4. Sanierung Dorfbadi wurde mit 8 : 0 zugestimmt.

Variante zu Antrag 2.2.

Der Entscheid, die Becken im Strandbad aufzuheben, wird vorerst vertagt. Es sollen folgende 3 Varianten weiter verfolgt (geplant) werden:

- a) Aufhebung der Becken gemäss Antrag Stadtrat*
- b) Sanierung der Becken mit Attraktivitätssteigerung*
- c) Sanierung der Becken ohne Attraktivitätssteigerung*

Dieser Variante wurde in der KBK mit 6 : 2 Stimmen zugestimmt.

Die KBK empfiehlt also dem Gemeinderat, die Punkte 2.1 bis 2.4. gutzuheissen, wobei beim Punkt 2.2. der KBK-Variante zuzustimmen ist.

Walter Meier, GR

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Martin Gasser**.

*Sehr geehrte Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

*in der RPK gab es vor allem über die Anträge der KBK viel zu reden, aber eines war klar: der Punkt 2.2 zu der Aufhebung der Becken in der Badi Niederuster kann nicht akzeptiert werden.
So wurden die Anträge der KBK so übernommen und folgendermassen abgestimmt:*

1. Stadtrats-Meinung zu den 3 Bädern 0 : 9 abgelehnt

*2.1 Sanierung und Erweiterung des Hallenbades zum nationalen Sportzentrum wurde mit
 9 : 0 angenommen*

2.2 Aufhebung der Becken in der Seebadi 9 : 0 abgelehnt

2.3 Sandstrand im Strandbad 5 : 4 angenommen

2.4 Sanierung der Dorfbadi 9 : 0 zugestimmt

Zum abgelehnten Punkt 2.2 wurden 3 Varianten zur weiteren Verfolgung vorgelegt.

- a) Aufhebung der Becken gemäss Antrag des Stadtrates*
- b) Sanierung der Becken mit Attraktivitätssteigerung*
- c) Sanierung der Becken ohne Attraktivitätssteigerung*

Diese Varianten wurden von der RPK mit 9 : 0 angenommen

Somit empfiehlt die RPK dem Gemeinderat sich dem Antrag der KBK anzuschliessen.

Daniel Hunziker

Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Wir danken dem Stadtrat für die Gesamtübersicht über die drei Bäder.

Die GLP/EVP-Fraktion wird den Antrag gemäss Ziffer eins ablehnen. Also werde ich gleich zu den einzelnen Punkten Stellung nehmen.

2.1. Nationales Schwimmsportzentrum

Grundsätzlich erachten wir den Erweiterungsbau zum Nationalen Schwimmsportzentrum als grosse Aufwertung für die Sportstadt Uster und werden ihm zustimmen. Dass neben den Spitzensportlern aber auch die Bevölkerung von Uster zu mehr Wasserzeiten kommt, sehen wir als einen zentralen Punkt an. Der geplante Minergie-Standard ist heute, wenigstens bei öffentlichen Bauten, zur Selbstverständlichkeit geworden, was wir natürlich sehr begrüssen. Was wir aber sehr skeptisch betrachten ist der vorgesehene „rudimentäre“ Wellnessbereich. Dies ist nun wohl sicher keine städtische Aufgabe und darauf muss verzichtet werden. Falls ein Bedarf für Wellness vorhanden ist, soll mit einem privaten Investor Lösungen gesucht werden, so dass ein angemessener (und nicht rudimentärer) Wellnessbereich entstehen kann. Im Antrag wird positiv erwähnt, dass das jährliche Betriebsdefizit von 620'000 Franken sich nicht verändern sollte. Sollte mit der Erweiterung nicht ein niedriges Defizit angestrebt werden? Zum Beispiel durch Beiträge von Swiss Olympic und Pachterträgen eines privaten Restaurants und Wellnessbereich. Hier sollen oder müssen Möglichkeiten gefunden werden, welche das Defizit verringern.

2.2. Aufhebung der Becken im Strandbad

Dass der Stadtrat in diesem Falle Kosten- und Energieeinsparungen sucht, erachten wir als Lobenswert. Doch hat die Diskussion in den Kommissionen und die Reaktionen aus der Bevölkerung gezeigt, dass ein grosser Bedarf besteht, die Becken zu erhalten. Diesbezüglich begrüssen wir die Variantenrechnung wie von der KBK vorgeschlagen. Doch stellen wir den Antrag, dass eine vierte Variante geprüft werden soll und zwar folgende:

- Aufhebung des 50 Meter Beckens, Sanierung Kinderbecken.

Den Bedarf eines Kinderbeckens im Strandbad erachten wir als gegeben. Doch sollte das Kosten-/Nutzenverhältnis eines 50 Meter Beckens geprüft werden, insbesondere wenn das Schwimmsportzentrum gebaut wird und Uster ein neues 50 Meter Becken erhält. Bei der Kosten-Nutzenanalyse soll zusätzlich zu den finanziellen Kosten auch der Energiebedarf berücksichtigt werden.

2.3. Sanierung und Aufwertung Seeuferanlage

Eine Aufwertung des Ufers im Strandbad erachtet die glp/EVP-Fraktion grundsätzlich als nötig. Dies da die heutige Betonrampe alles andere als natürlich ist und sicherlich bei vielen Kindern (und Erwachsenen) schon unzählige Prellungen und Schürfungen verursacht hat. Doch die glp lehnt den stadträtlichen Antrag, welcher letzten Herbst vorlag, ab. Es braucht keinen durchgehenden Sandstrand. Zum Beispiel sei die Betontreppe im Gegensatz zur Betonrampe beliebt. Zudem würde Kies anstatt Sand besser in die natürliche Umgebung passen. Dieser Antrag muss unserer Ansicht nach gründlich überarbeitet werden und vor allem müssen die Stimmen der Benutzerinnen und

Benützern des Strandbades eingeholt werden. Betreffend Garderoben: Diese sind wohl schon einige Jahre alt, doch den Zweck, sich Umziehen zu können, erfüllen sie auch im Jahre 2010 noch perfekt. Auch sehen wir in Anbetracht der grossen anstehenden Investitionen absolut keinen Zeitdruck diese Aufwertungen bzw. Sanierungen zu realisieren.

2.4. Sanierung Dorfbad

Der sanften Sanierung des Dorfbades stimmt die glp/EVP-Fraktion zu. Doch müssen alle Massnahmen immer im Gesamtzusammenhang mit der ganzen Gebietsentwicklung des Park am Aabach angegangen werden. Hinter der Villa am Aabach liegt ein noch kaum entdecktes Juwel. Diesen Grünflächen muss Sorge getragen werden.

*Daniel Hunziker
Gemeinderat*

Stefan Kern

Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Die SVP/EDU-Fraktion findet die Sanierung des Hallenbades und dessen Erweiterung zum nationalen Schwimmsportzentrum im Grundsatz positiv. Es ist jedoch wichtig, dass für das als Aushängeschild für den Leistungssport geltende neue Hallenbad auch ein für die Bevölkerung von Uster sinnvolles Betriebs- und Nutzungskonzept aufweist. Dieses ist zusammen mit dem allfälligen Kreditantrag auszuarbeiten (inkl. der daraus entstehenden laufenden Betriebs- und Unterhaltskosten) und darin zu integrieren. Ferner muss in dieser Kreditvorlage ebenfalls die Frage bezüglich den Becken im Strandbad Niederuster ein für allemal geklärt und festgehalten werden.

Wir von der SVP/EDU-Fraktion sehen keinen direkten Zusammenhang mit der Erweiterung des Hallenbades und der Aufhebung der Becken im Strandbad Niederuster. Im Gegenteil, wir sind der Ansicht, dass bei der Aufhebung der Becken im Strandbad Niederuster das Schwimmsportzentrum keine Zustimmung in der Ustermer Bevölkerung finden wird. Insbesondere im Sommer erfreut sich das Strandbad Niederuster und dessen Becken einer hohen Beliebtheit bei den Usternern.

Wir unterstützen den Entscheid der Kommission Bildung und Kultur (KBK) bezüglich Ablehnung der Ziffer 2.2 des Antrages Nr. 357.

Die SVP/EDU-Fraktion kann grundsätzlich den Überlegungen der KBK bezüglich Weiterverfolgung der 3 Varianten

- a) Aufhebung der Becken gemäss Antrag Stadtrat*
- b) Sanierung der Becken mit Attraktivitätssteigerung*
- c) Sanierung der Becken ohne Attraktivitätssteigerung*

*folgen. Hingegen macht es für uns aus den eingangs erwähnten Gründen keinen Sinn, die von der KBK beantragte Variante a) Aufhebung der Becken gemäss Antrag Stadtrat weiter zu verfolgen. **Wir beantragen aus diesem Grund auf die Weiterverfolgung der Variante a) zu verzichten.***

Bezüglich Strandbad Niederuster ist die SVP/EDU-Fraktion der Ansicht, dass dafür ein Gesamt-Sanierungs- und Erneuerungskonzept notwendig ist. Die Beckenvarianten mit und ohne Attraktivitätssteigerung sind ebenfalls darin auszuweisen. Ferner sind die Kosten für die Sanierung der Garderoben, den Kiosk (inkl. Varianten für einen Um- und Ausbau) etc. zu berücksichtigen. Die Realisierung dieses Gesamtkonzeptes kann in einem sinnvollen Rahmen auch etappiert werden. Wir möchten verhindern, dass mittels „Salamitaktik“ dem Bürger die anfallenden Gesamtkosten für eine umfassende und nachhaltige Sanierung des Strandbades vorenthalten bzw. diese nur scheinbar vorgelegt werden. Bezüglich der Aufwertung des Seeufers von CHF 1,3 Mio. halten wir an unserem bisherigen Standpunkt fest. Das heisst, dass wir dieser Aufwertung, welche dem Antrag 326 entspricht, ablehnend gegenüber stehen. Neben der Sanierung und allfälligen Attraktivitätssteigerung sind auch die künftigen Betriebs- und Unterhaltskosten des Strandbades auszuweisen.

Bezüglich der Dorfbadi, deren Sanierung wir ebenfalls als notwendig erachten, ist ebenfalls ein Gesamt-Sanierungskonzept zu erarbeiten, da wir der Ansicht sind, dass die ausgewiesenen CHF 400'000.— nicht für eine nachhaltige Sanierung ausreichen werden. Auch hier ist eine vernünftige Etappierung auszuarbeiten, damit dem Bürger analog dem Strandbad die künftig anfallenden Gesamtkosten für eine umfassende und nachhaltige Sanierung offengelegt werden und die Arbeiten nach deren Priorität ausgeführt werden können. Dies gilt auch für den nachhaltigen Betrieb und künftigen Unterhalt der Dorfbadi.

Die Gesamtkosten für die umfassende und nachhaltige Sanierung des Strandbades und der Dorfbadi sowie deren Betrieb und Unterhalt bilden ebenfalls einen integrierenden Bestandteil des allfälligen Kreditantrages für das Hallenbad im Rahmen der 3-Bäder-Betrachtung. Somit hat der Ustermer Bürger einen Gesamtüberblick, was ihn das „nasse“ Vergnügen in Zukunft kosten wird.

15. Februar 2010

Stefan Kern
Gemeinderat SVP Uster

Simone Michel

Der vorliegende Antrag des Stadtrates hat das ambitionierte Ziel, Usters 3 Bäder zu sanieren und auf zu werten. Auf S.1 /11 des Antrages wird hierzu ein Eventualantrag aufgeführt, der die grundsätzliche Unterstützung dieser Vorlage beantragt. Diesem Grundsatz können die Grünen zustimmen.

Zurück zum Hauptantrag.

Hallenbad

Der Bedarf an mehr Wasser-Kapazitäten ist ausgewiesen, Schulschwimmen, Breitensportnutzung und Leistungssport kommen sich sonst in die Quere. In einer Zeit, in welcher das ganze Land über stetigen Bewegungsmangel und dessen negativen Folgen für die Gesundheit und die Kosten der Gesundheitsversorgung redet, ist der Zugang zu Sportmöglichkeiten enorm wichtig.

*Die Synergienutzung mit der übrigen Sportanlage, was die Verpflegung, Übernachtungsmöglichkeit, das zur Verfügung stellen von Theorieräumen u.ä. anbelangt, ist sicher sinnvoll.
Eine Herausforderung hingegen wird sicher die angestrebte Steigerung des Hallenbadaussenbereichs sein. Aussenduschen und Liegewiesen in unmittelbarer Autobahnnähe sind schon eher speziell...*

Dorfbad

Im vorliegenden Antrag ist klar gestellt, dass bis anhin nur ein Minimum für die Sanierung von vorhandenen Becken und Gebäude aufgewendet werden soll, solange die Vorlage zum Park am Aabach nicht in der Kommission und im Rat ausführlich behandelt worden ist. Das scheint vernünftig. Eine Zusammenführung der Grünanlage mit der Grünanlage der Villa am Aabach und die ganzjährige Öffnung der Grünanlagen begrüßen wir sehr als attraktive Neuerung für alle BesucherInnen.

Strandbad

Grundsätzlich ist die Vision Seepark bestechend. Eine Parklandschaft am See, in welcher ich schwimmen und unter dem Schatten eines Baumes ein Buch lesen kann und gleichzeitig auch Raum für Ballspiele und Bademöglichkeiten für kleine Kinder und NichtschwimmerInnen bietet, das ist eine erstrebenswerte Vision.

Ich fand dieses Bad am See ohne richtigen Einbezug des Sees immer sehr seltsam und ich bin so gut wie nie in die Badeanstalt gegangen, sondern immer direkt im See schwimmen. Anstelle der Becken eine Seeufergestaltung zu haben, die es auch kleinen Kindern und NichtschwimmerInnen erlaubt, den See zu geniessen, wäre eine sehr begrüßenswerte Änderung. Falls die sog. „Aufwertung des Seeufers“ so verstanden und umgesetzt wird und dabei auch das Prinzip der möglichst geringen Beeinträchtigung des natürlichen Seeufers eingehalten wird, ist auch dieser Teil der Vorlage unterstützungswürdig.

Mühe bereitet uns Grünen, dass hier im Gegensatz zum Teil Dorfbadi ein Gestaltungskonzept zum ganzen Seebadi / Schiffflände – Areal fehlt. Zwar haben wir die Erneuerung der WC-Häuschen in diesem Areal erst gerade im GR bewilligt, doch sind alle anderen wichtigen Fragen, wie die Zukunft des Strandbadrestaurants mit der Entwicklung des ganzen Gebietes verquickt und bedürfen Klärung und einer Lösung, die von allen getragen werden kann. Wie weit ist der Stadtrat hier fortgeschritten?

Allgemein ist die ganze Umgestaltung, v.a. des Hallenbades, nicht billig, trotz den zu erwartenden Subventionen von rund 8 Mio. Sfr.. Nun ja, wir Grünen hoffen, dass der SR dieses Vorhaben nach Möglichkeit klug etappiert, so dass auch die Kosten gestaffelt anfallen.

*In diesem Sinne stimmen die Grünen a) der SR- Vorlage
B) dem Eventualantrag des SR zu.
c) dem Abänderungsantrages 2.2 der GLP / EVP –Fraktion zu.*

Für die Grünen, Simone Michel

Cla Famos

Sehr geehrte Gemeinderatspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP/CVP-Fraktion begrüsst das Vorgehen des Stadtrates, nun doch alle Bäder der Stadt gesamthaft zu betrachten. Ein solches Konzept ist dringend nötig, wenn man nicht Gefahr laufen will, dass einem die öffentlichen Gelder wie Sand zwischen den Fingern zerrinnen. Aber Uster sollen auf der anderen Seite auch nicht die Felle davon schwimmen. Deshalb ist ein strategisch kluges Vorgehen jetzt dringend nötig.

1: Wir stehen zu den 3 Standorten, die alle ein eigenes Profil haben und von der Bevölkerung geschätzt werden. Trotzdem werden wir vom Arbeitspapier nicht wie vom Stadtrat beantragt zustimmend Kenntnis nehmen können. Wir sind nicht mit allen Punkten des Papiers einverstanden.

2.1: Der Sanierung des Hallenbades und der Erweiterung zum nationalen Schwimmsportzentrum stimmen wir grundsätzlich zu. Damit kann sich Uster als Sportstadt weiter positionieren.

2.2: Beim Strandbad Niederuster möchten wir gerne die Frage der Becken noch genauer abklären, weshalb wir dem Kommissionsantrag zustimmen. Die Aufhebung eines Beckens wäre ein einschneidender Entscheid, der nicht ohne Not und vor allem nicht ohne die nötigen Entscheidungsgrundlagen gefällt werden sollte. Deshalb braucht es hier noch vertiefende Abklärungen.

2.3: Der Sanierung und Aufwertung der Seeuferanlage im Strandbad stimmen wir im Grundsatz zu. Allerdings weisen wir darauf hin, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, als das, was der Stadtrat vor kurzem in diesem Rat präsentiert hat. Es muss nicht unbedingt ein Sandstrand sein. Man könnte z.B. auch die Ufergestaltung mit Steinquadern, die einmal begonnen worden ist, konsequent zu Ende führen. Und vor allem braucht es eine Verzahnung dieses Projekts mit den anderen am Ufer anstehenden planerischen Aufgaben wie Seerestaurant, Kiosk, Segelclub, etc.. Hier sind wir gespannt auf die konkreten neuen Vorschläge des Stadtrates.

2.4: Das Dorfbad muss sicherlich saniert und sanft renoviert werden. Hier sind wir mit dem Stadtrat auch einverstanden.

Cla Famos, Gemeinderat FDP

Regula Trüeb

Zuerst möchte die SP-Fraktion dem Stadtrat und speziell der Abteilung Gesundheit danken, dass dem Gemeinderat mit der „3-Bäder-Betrachtung“ eine umfassende Übersicht über die Situation der Ustermer Badeanlagen vorgelegt wird. So können wir uns über den Sanierungsbedarf bei den Bädern, die Strategie des Stadtrates und die damit verbundenen Kosten heute ein konkretes Bild machen. Beim Antrag „Seeuferaufwertung mit Sandstrand in der Badi Niederuster“ hat dem Gemeinderat und der SP im letzten Sommer diese Übersicht gefehlt.

Zum vorliegenden Antrag:

Die SP-Fraktion nimmt die 3-Bäder-Betrachtung grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis. Weil sie im Punkt 2.2 von der Strategie des Stadtrates abweicht, wird sie den Punkt 1 des Dispositivs ablehnen.

Zu den einzelnen Badeanlagen im Detail:

Punkt 2.1: Der Sanierung des Hallenbades und der Erweiterung zum nationalen Schwimmsportzentrum stimmt die SP zu. Das Hallenbad bietet heute eindeutig zu wenig Wasserkapazität, um alle Bedürfnisse in Uster und Umgebung abdecken zu können. Wegen dem Schulschwimmen, das die Primarschule auf einen Vorstoss der SP endlich verbessert und ausgebaut hat, bleibt das Hallenbad für die Bevölkerung jeweils am Morgen zwei Stunden geschlossen. Der erfolgreichste Schwimmclub der Schweiz, der Schwimmclub Uster Wallisellen, der für Uster so prestigeträchtig ist, muss zum Trainieren teilweise nach Wallisellen ausweichen. Das Hallenbad Uster kann ihm zu wenig Wasserzeit und kein 50-Meter bieten.

Der Bau eines Leistungszentrums mit zwei neuen Becken könnte diese Engpässe beheben. Das erweiterte Hallenbad würde sowohl für die Bevölkerung und das Schulschwimmen als auch für den Leistungssport genügend Kapazitäten bieten. Ausserdem kann Uster mit Subventionen von 8 Mio. Fr. rechnen. Der Bau eines nationalen Schwimmsportzentrums ist für Uster eine einmalige Chance: sei es von der Angebotserweiterung her als auch finanziell. Der Ruf als Schwimm-Sport-Stadt wäre für Uster ein wichtiger Standortfaktor und imagefördernd.

Die SP unterstützt den Stadtrat, die Hallenbaderweiterung zu einem nationalen Schwimmsportzentrum weiter zu verfolgen und erwartet bald genauere Zahlen bezüglich Kosten.

Auch den Punkt 2.3 „Sanierung und Aufwertung der Seeuferanlage im Strandbad Niederuster“ befürwortete die SP. Die hässliche Betonmauer durch einen Sandstrand zu ersetzen ist ökologisch sinnvoll und macht für die Badegäste den Einstieg in den See attraktiver und sicherer. Das Projekt sieht mehr Liegefläche und zusätzliche Angebote für die Kinder vor.

Die Öffnung des Strandbades Niederuster für die Bevölkerung ausserhalb der Badesaison hält die SP jedoch für problematisch. Wir befürchten hier Probleme und Mehrkosten durch Vandalenakte und Littering.

2.4. Dorfbad: Die SP-Fraktion stimmt auch der minimalen Sanierung des Dorfbades zu. Das Dorfbad ist ein wichtiger, zentral gelegener Erholungsraum, eine kleine Oase, für die Ustermer Bevölkerung, speziell auch für Familien mit kleinen Kindern. Wir sind froh, dass die Schliessung der Dorfbadi definitiv vom Tisch ist, nachdem eine Petition eindrücklich die Wichtigkeit der Dorfbadi gezeigt hat. Über die weitere Entwicklung und Sanierung der gesamten Dorfbad-ANLAGE wird der Gemeinderat ja bald im Zusammenhang mit der Gebietsentwicklung „Park am Aabach“ beraten.

Der Punkt 2.2 der stadträtlichen Strategie, die Aufhebung der Becken im Strandbad Niederuster, ist nicht nur in den vorbereitenden Kommissionen, sondern auch in der SP umstritten. Eine Mehrheit der Fraktion kann sich eine Seebadi ohne die Becken nicht vorstellen. Die meisten Erwachsenen schwimmen und trainieren gemäss Aussagen des Bademeisters in den Schwimmbecken und nicht im nahegelegenen See. Dies, weil sie die Bodenmarkierungen brauchen und weil die Wasserqualität im See nicht optimal ist. Um sich alle Optionen für die Schwimmbecken in der Badi Niederuster offen zu lassen, unterstützt die SP den Antrag der KBK (bzw. den ergänzten Antrag der EVP-GLP-Fraktion). Auch wir wollen sowohl „figgi und mülli“. Die SP bittet den Stadtrat, die drei bzw. vier Varianten weiter zu verfolgen, detailliert zu rechnen und den Gemeinderat zu informieren. Die SP möchte erst auf Grund der genauen Kostenberechnung entscheiden, welche Variante von Seebadi sie definitiv unterstützen will. Ausser von den Kosten ist der definitive Entscheid auch von der Entwicklung im Hallenbad Uster abhängig.

Zusammenfassend: Die SP-Fraktion nimmt die 3-Bäder-Betrachtung des Stadtrates grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis und unterstützt den Alternativantrag zu Punkt 2.2, für die Seebadi-Becken verschiedene Varianten weiterzuverfolgen.

Für die SP-Fraktion: Regula Trüb Murbach

15. Februar 2010

Werner Kessler

Was mich primär interessieren würde, sind die Gesamtkosten für Unterhalt u. bauliche Veränderungen im Strandbad in den letzten 15 Jahren. Allein für die verschiedenen Zutrittssysteme zum Badirestaurant wurden wahrscheinlich mehrere zehntausend Franken zum Fenster hinaus geworfen. Ob sich die neue Zaunabgrenzung zum Badibetrieb jetzt bewährt, wird sich zeigen.

Auch beim Neubau des Kleinkinderbades bei den Kabinen kam es zu Komplikationen und Bauverzögerungen bis in den Sommer. Zudem wäre es unnötig gewesen, die Bollensteine zu lasieren, denn mit nassen Füßen ist die Rutschgefahr äusserst gross.

Die Betonsteilwand am Ufer wurde mit Quadersteinen entschärft, doch hätte an 2 Stellen auch mit kleineren Naturblockstufen ein kinderfreundlicher Zugang zum See erstellt werden können. Zudem wäre mit Rundsplit o. Rundkies im Uferbereich ein trittsicherer Zugang zum See gewährleistet, Sand eignet sich nicht wegen der Verschwemmung.

Das das grosse Schwimmbecken entfernt werden sollte, würde im Volk wohl gar kein Verständnis finden, denn es gibt viele Schwimmer, die sich nur bei einem festen Untergrund wohl fühlen. Auch hängt das Ganze mit der Sauberkeit des Wassers zusammen, denn bei grosser Hitze ist der See vielfach mit Algen verschmutzt, sodass sich die Sicht verschlechtert u. für viele ein weiterer Unsicherheitsfaktor entsteht.

Um mehr Detailinformation zu bekommen, sollte eine Begehung der ganzen Anlage mit dem Parlament ins Auge gefasst werden.

Stadträtin Esther Rickenbacher ergreift das Wort und weist namentlich darauf hin, dass eine Begehung schon im Zusammenhang mit der Strandbaderweiterung stattgefunden hat. Der Stadtrat hatte es sich nicht leicht gemacht mit dieser Vorlage und sie hat deshalb eine lange Planungsgeschichte. Alle Bäder sind sanierungsbedürftig. Es war klar, dass Schwerpunkte gesetzt

werden müssen und da kam die Anfrage des schweizerischen Schwimmsportverbandes als gute Gelegenheit, finanzielle Unterstützung zu erhalten. Der Stadtrat sieht sehr wohl einen Zusammenhang zwischen dem Seebadi-Becken und dem Hallenbad. Man hatte damals die Becken ja nur gebaut, weil es unzumutbar war, im verschmutzten Greifensee zu schwimmen. Im Zusammenhang mit einer Renaturierung des Strandes würde das Baden im See wieder attraktiv. Der Rat hält aber an dem Becken fest, somit wird es auch saniert. Esther Rickenbacher möchte aber wissen, wie detailliert die Planungskosten präsentiert werden sollen.

Thomas Wüthrich weist auf die PCB-Verseuchung im Seebecken hin und dass dieser Stoff seit 1985 verboten ist, weil er Krebs erzeugt. Es ist unverantwortlich, die Leute in dem Becken schwimmen zu lassen. Eine Sanierung dieses Beckens ist unbedingt zeitlich vorzuziehen.

Esther Rickenbacher nimmt Stellung gegenüber Thomas Wüthrich und meint, dass selbstverständlich niemand krank werden soll. Ein Teil wurde schon vor zwei Jahren saniert, der Kanton macht ja auch entsprechende Vorschriften.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmungen:

Der Gemeinderat beschliesst

Ziffer 1: Stadtrats-Meinung zu den 3 Bädern wird mit 30 : 2 Stimmen abgelehnt.

Ziffer 2.1. Sanierung und Erweiterung Hallenbad zum nationalen Schwimmsportzentrum wird mit 32 : 0 Stimmen zugestimmt.

Ziffer 2.2. Aufhebung der Becken im Strandbad

Ausmarchung der drei Anträge:

Antrag KBK/RPK

Der Entscheid, die Becken im Strandbad aufzuheben, wird vorerst vertagt. Es sollen folgende 3 Varianten weiter verfolgt (geplant) werden:

- a) Aufhebung der Becken gemäss Antrag Stadtrat**
- b) Sanierung der Becken mit Attraktivitätssteigerung**
- c) Sanierung der Becken ohne Attraktivitätssteigerung**

Dieser Variante wird mit 0 Stimmen zugestimmt.

Antrag GLP/EVP

Zusätzliche Variante d) Aufhebung des 50 Meter Beckens, Sanierung Kinderbecken.

Dieser Variante wird mit 19 Stimmen zugestimmt.

Antrag SVP

Es sollen nur die Varianten b) und c) weiter verfolgt werden.

Dieser Variante wird mit 13 Stimmen zugestimmt.

Ausmarchung Antrag Stadtrat – Antrag GLP/EVP

Der Gemeinderat stimmt mit 29 : 2 Stimmen für den Antrag GLP/EVP.

Ziffer 2.3. Sandstrand im Strandbad wird mit 19 : 13 Stimmen zugestimmt.

Ziffer 2.4. Sanierung Dorfbadi wird mit 32 : 0 Stimmen zugestimmt.

Schlussabstimmung über den Gesamtantrag

Der Gemeinderat beschliesst

mit 26 : 6 Stimmen

1. Der Sanierung des Hallenbades und der Erweiterung zum nationalen Schwimmsportzentrum wird dem Grundsatz nach zugestimmt.
2. Der Stadtrat rechnet folgende Varianten:
 - a) Aufhebung der Becken gemäss Antrag Stadtrat
 - b) Sanierung der Becken mit Attraktivitätssteigerung
 - c) Sanierung der Becken ohne Attraktivitätssteigerung
 - d) Aufhebung des 50 Meter Beckens, Sanierung Kinderbecken
3. Der Sanierung und Aufwertung der Seeuferanlage im Strandbad Niederuster wird dem Grundsatz nach zugestimmt.
4. Der Sanierung des Dorfbades wird im Sinne der Positionierung der städtischen Badeanlagen «3-Bäder-Betrachtung» zugestimmt.
5. Mitteilung an den Stadtrat.

4 Antrag der Primarschulpflege betreffend Abrechnung Projektierungskredit für den Neubau des Schulhaus' Krämeracker (Antrag Nr. 355/2009)

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Rolf Graf**.

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Mit diesem Antrag legt die Primarschulpflege die Abrechnung über den Projektierungskredit des Schulhaus' Krämeracker vor.

Und ich muss gleich zu Beginn klar stellen, dass mit den in diesem Antrag abgerechneten CHF 925'232.10 nicht etwa die gesamten bisherigen Kosten des Abbruchs des Projekts vorgelegt werden, sondern lediglich diejenigen des Projektierungskredits. Bereits im April 2008 haben wir die Abrechnung über den Wettbewerb in der Höhe von rund CHF 300'000 genehmigt, so dass uns die ganze Übung bis heute etwas mehr als 1,2 Millionen Franken gekostet hat.

Ich bin sicher, dass noch zu keiner Abrechnung bereits im Vorfeld soviel untersucht, geschrieben und auch gesagt worden ist. Ich kann mich daher im Zusammenhang mit der Vorgeschichte an dieser Stelle kurz fassen. Umso mehr, als die Primarschulpflege im Antrag ebenfalls das Ganze aus Ihrer Sicht nochmals kurz zusammengefasst hat.

Hier sind mir aber ein paar Punkte in die Nase gestochen.

So der zweitletzte Abschnitt auf der Seite 2, in dem die PSU schreibt, dass der Gemeinderat sich an seiner Sitzung vom 6. Juli 2009 der Meinung der KÖS zwar angeschlossen habe, mangels fundierten Antrags, jedoch auf den sofortigen Abbruch des Vorprojekts verzichtet habe.

Jetzt sind mir Zweifel gekommen. Zuerst habe ich im Duden das Wort ‚fundiert‘ nachschlagen müssen. Das Wort ‚fundiert‘ wird mit ‚begründet‘ definiert. Dann habe ich das Protokoll der GR Sitzung nochmals gelesen.

Meine Damen und Herren viel deutlicher und klarer kann der Gemeinderat einer Behörde mit selbständiger Verwaltungsbefugnis, beim besten Willen, nicht begründen, dass das Projekt abgebrochen werden soll.

Und dann steht tatsächlich im letzten Abschnitt der Ausgangslage auf Seite 3, dass die bis Ende 2009 vorliegende Schulraumstrategie und –planung bei der Planung des neuen Projekts berücksichtigt würde. Hier bleibt mir nichts anderes übrig als dringend zu raten mit dem Projektstart zu warten, bis die Schulraumplanung auch tatsächlich vorliegt. Bis heute haben wir ja von ihr nur gehört, aber noch keinen Buchstaben gesehen.

Und wenn dann der Zweite Abschnitt mit ‚Bauabrechnung‘ überschrieben ist, so ist dieser Titel wirklich unglücklich gewählt, denn gebaut haben wir mit diesem Projekt überhaupt nichts, ausser man bezeichnet das ‚Verloren von Geld‘ als bauen.

Ihr merkt es, ich bin ein bisschen ungehalten über diese Abrechnung. Dies vor allem, weil einstimmige Beschlüsse der RPK und des Gemeinderats einfach ignoriert worden sind.

Anlässlich der Abrechnung des Wettbewerbs zum Neubau Schulhaus Krämeracker habe ich die Abgrenzung zwischen Wettbewerb und Projektierungskredit bemängelt und beantragt, dass CHF 12'700 statt dem Projekt dem Wettbewerb zuzuordnen sei. Dieser Antrag wurde sowohl von der RPK wie auch vom Gemeinderat einstimmig genehmigt

Und was macht die Primarschulpflege damit? Nichts.

Ja was braucht es dann noch, dass die PSU den Gemeinderat ernst nimmt.

Im Gemeinderat wird ein Antrag auf die Einsetzung einer PUK eingereicht. -> Die PSU bestellt ein Audit um dem Parlament den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese Audit sowie der gleichzeitig erteilte Auftrag zur Prüfung des ‚weiteren Vorgehens‘ ist mit über CHF 55'000 in den Kosten der Bauherrenvertretung enthalten.

Die KÖS signalisiert in aller Deutlichkeit ‚Marschhalt‘ -> die PSU nimmt die von ihr abgebrochene Zusammenarbeit mit dem Architekten wieder auf, und will das Vorprojekt nun doch abschliessen.

Und zu guter Letzt wird eben eine durch die RPK und den Gemeinderat einstimmig genehmigte Korrektur zwischen der Abrechnung des Wettbewerbs und des Projektierungskredits einfach ignoriert.

Deutlicher kann man einer Behörde nicht sagen, was man von ihr hält.

Doch kommen wir zurück zur Abrechnung.

Natürlich habe ich von der PSU - auf meine Rückfrage hin - eine zweiseitige Erklärung erhalten, in der ausführlich Begründet wird, weshalb die Umbuchung in der Finanzbuchhaltung nicht mehr hatte vorgenommen werden können. Das leuchtet mir alles ein, warum wurde dann aber die Umbuchung nicht wenigstens im Antrag an den Gemeinderat berücksichtigt? Denn jetzt muss ich diese wieder Euch und in der Folge dem GR beantragen.

Die Kosten belaufen sich auf CHF 925'232.10. Darin sind keine Schadenersatzzahlungen oder Zahlungen für entgangene Gewinne enthalten. Im Weiteren drohen keinerlei Rechtsmittelverfahren, so dass ein Neubeginn – zu mindest in diesem Punkt – unbelastet erfolgen kann. Ein Punkt der nicht genug als positiv gewürdigt werden kann.

Zu erwähnen lohnt sich auch noch, dass in den CHF 900'000 auch Aufwendungen von rund CHF 150'000 des GF Liegenschaften enthalten sind, die so eigentlich nur vom einen Hosensack in den anderen gewandert sind.

Die Belege waren alle vorhanden, korrekt visiert und die Abrechnung stimmt mit der Buchhaltung überein.

Doch in diesen CHF 925'232.10 sind jedoch Kosten von CHF 12'700 enthalten, die bereits mit dem Antrag 199 abgerechnet worden sind. Um diesen Betrag ist die Abrechnung nun zu korrigieren.

Ich beantrage daher die Kosten des Projektierungskredit um CHF 12'700 zu reduzieren, so dass sie noch CHF 912'532.10 belaufen.

Und dann die Abrechnung zu genehmigen.

Die RPK hat diese beiden Anträge einstimmig zugestimmt.

Dann bleibt noch die Frage, was wir mit den rund CHF 1,2 Mio. auf den Investitionskonten machen? Aktivieren können wir sie ja nicht wirklich, denn ausser Ärger haben wir fürs Geld nicht viel bekommen. Auf der anderen Seite können wir sie – wie mir der Chef der Finanzabteilung gesagt hat – auch nicht einfach der laufenden Rechnung belasten. Es wird daher dem Stadtrat resp. uns nichts anderes übrig bleiben, als einen Teil der ausserordentlichen Abschreibungen – die wir eigentlich als gute Tat für die nächste Generation gedacht haben – zum Aufräumen der Altlasten zu brauchen.

Cla Famos

Sehr geehrte Gemeinderatspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Manchmal ist es einfach besser, einen Schlusstrich zu ziehen, auch wenn es auf den ersten Blick teuer erscheint. Man erspart sich damit viel Ärger und noch höhere Kosten in der Zukunft. Genau so ist es hier.

Vor uns liegt nun mit der Schlussabrechnung des Projektierungskredits das Ende des „Fliegenden Klassenzimmers“.

Der Abbruch im letzten Jahr durch die PSP war zweifellos richtig. Zu viel war schief gelaufen, zu viel hätte mit viel Aufwand und wohl auch exorbitanten Kosten zurechtgebogen werden müssen. Denken wir daran, was alles noch hätte auf uns zukommen können, wenn wir jetzt über diesen Betrag von gut 900'000 CHF sprechen.

Uster hat hier Lehrgeld bezahlt. Aber unsere Stadt hat jetzt dafür die Chance, mit einem neuen Projekt, mit einem professionellen Bauprojektmanagement und auf der Grundlage einer aktualisierten Schulraumstrategie die Sache besser zu machen. Und wir sind sicher: Unter dem Strich wird man noch günstiger wegkommen, als wenn man das Projekt durchgedrückt hätte. Deshalb war ein Abbruch die richtige Entscheidung.

Wir begrüßten deshalb diesen Entscheid der PSP. Und wir sind nun auch froh, dass das Projekt ohne Rechtsstreit hat abgeschlossen werden können. Die Kosten sind zwar hoch, aber sie sind nicht so hoch, wie zum Teil im Vorfeld noch befürchtet wurde. Die PSP hat mit dem Abschluss des Projekts eine gute Arbeit vorgelegt, sie hat mit den Beteiligten gut verhandelt und konnte alle Pendenzen schnell abschliessen. Das muss auch einmal gesagt werden. Nun hoffen wir, dass die PSP mit ebenso viel Elan und zügig an der Aufgabe weiter arbeitet, für die Schüler von Uster genügend Schulraum bereit zu stellen. Eine einfache Arbeit ist das nicht, das wissen wir. Dass auch der Kanton mit dieser Aufgabe manchmal seine Mühe hat, sehen wir an den mehr als suboptimalen Bedingungen, unter denen die Kantonsschule Glatttal zu arbeiten hat.

Die FDP/CVP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Wir bedanken uns bei der PSP für die geleistete Arbeit. Und wir hoffen, dass wir nun in Sachen Schulhaus- und Schulraumfrage wieder gemeinsam vorwärts blicken können.

Cla Famos, Gemeinderat FDP

Thomas Wüthrich

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. So lässt sich die Geschichte um das neue Schulhaus Krämeracker wohl kurz in Wort fassen.

Grundsätzlich ist heute festzuhalten, dass die Grünen den Projektabbruch begrüßen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass der Abschluss des Vorprojekts nicht gebracht hätte ausser zusätzlichen Kosten, und sicher keine fundierten Entscheidungsgrundlagen für das weitere Vorgehen.

So werden wir heute mit Ausgaben von rund 900'000.- konfrontiert. Positiv ist zu werten, dass mit allen Beteiligten eine abschliessende Regelung gefunden werden konnte und somit alle Involvierten mehr oder weniger das Gesicht wahren konnten. Dafür ist die Primarschulpflege auch einmal zu loben.

Weniger lobenswert ist die Art und Weise wie die Weisung daher kommt.

In der Schilderung der Ausgangslage werden einmal Seitenhiebe an die Adresse des Gemeinderates verteilt. Es ist nicht so, dass die KÖS dem Gemeinderat den Abbruch des Projekts beantragt hat. Vielmehr empfahl die Kommission der PSP, das Projekt abzubrechen. Dieser Meinung schloss sich der

Rat an. Aber der Rat selber hatte nicht die Kompetenz das Projekt abubrechen, weshalb nicht „ein fundierter Antrag“ vorliegen musste. Und mit Verlaub, die fundierte Grundlage für die Meinung des GR bildete der ausführliche KÖS-Bericht, der einzig den Projektabbruch sinnvoll erscheinen liess.

Aber mehr oder weniger offensichtlich legt der Weisungstext offen, dass die PSP nach wie vor Mühe mit dem Kommissionsbericht hat. So will beim GR einfach nicht der Glaube aufkommen, dass die PSP beim kommenden Projekt wirklich eine professionelle Schulraumstrategie und –planung anwenden wird sowie in „projektmässiger Hinsicht“ tatsächlich die notwendigen Lehren aus dem Debakel gezogen hat. Denn obwohl in der Weisung anderes behauptet wird, wurde der GR noch immer nicht über die Schulraumstrategie informiert. Und entsteht der Eindruck, dass der „Millionen-Lehrblätz“ bei der PSP noch nicht die angemessene Wirkung entfalten konnte.

Zu diesem Eindruck trägt auch der Ordner in der Aktenaufgabe bei. Anstatt alle Belege für diesen Ordner durczunummerieren, muss man die Belege mühsam den Zahlen in der Zusammenstellung zuordnen. Und wenn man das gemacht hat, finden nicht alle Belege ihren Niederschlag in der genannten Kostenübersicht.

Die Chance beim definitiven Grounding des Fliegenden Klassenzimmers wieder Vertrauen aufzubauen wurde von der PSP verpasst.

Trotzdem, die Grünen stimmen der Vorlage zu.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Walter Meier

*Sehr geehrte Präsidentin
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Vermutlich ist es kein Zufall, dass der Gemeinderat heute zu zwei „Bauabrechnungen“ Stellung nimmt, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Einerseits können wir die Primarschulpflege loben für den gelungenen Bau des Schulhauses Oberuster und andererseits könnten wir einmal mehr die gleiche Schulpflege auf den Mond schießen wegen dem Krämeracker-Debakel.

Wichtig ist heute: aus dem Debakel und vermutlich auch aus dem gelungenen Bau wurde viel gelernt. Das Bauprojektmanagement (bei der Abt. Liegenschaften) und die Schulraumplanung (der Primarschule) lassen grüssen.

Der Schulpflege möchte ich folgendes ans Herz legen: Etliche bei diesen beiden Projekten beteiligte Schulpflegerinnen und Schulpfleger sind ab Sommer nicht mehr im Amt. Es ist sicherzustellen, dass dieses Wissen nicht verloren geht.

Walter Meier, GR

Ruedi Gysi

*Frau Gemeinderatspräsidentin
Geschätzte Damen und Herren*

Das Projekt „Fliegendes Klassenzimmer“ hat seinem Namen alle Ehre gemacht und ist tatsächlich weggefliegen. Bis zum seinem Abflug hat es aber viel Staub aufgewirbelt und oft war der Durchblick getrübt. Mit einem Architekt, der vermutlich bis zu diesem Zeitpunkt einige Schrebergartenhäuschen entworfen hatte, wollte man in Uster ein Schulhaus bauen, das am Schluss die 30 Millionen-Grenze erreichte.

Die Kommission KÖS beantragte dem Gemeinderat am 6. Juli 2009 das Vorprojekt abzubrechen, was vom Parlament gutgeheissen wurde. Es stimmt aber nicht, dass wie im Antrag formuliert, auf einen sofortigen Abbruch verzichtet wurde. Mit dem Gemeinderatsentscheid hätte das Projekt „Fliegendes Klassenzimmer“ sofort auf die Startbahn rollen müssen.

Die SVP/EDU Fraktion stimmt dem Antrag Nr. 355 zu was uns jedoch bedenklich stimmt, dass die zuständige Stadträtin und Primarschulpflege die gravierenden Fehler noch immer nicht einsieht.

*Ruedi Gysi, SVP Gemeinderat
15.2.2010*

Stefan Feldmann

*Frau Präsidentin
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Mit der Bauabrechnung zum gescheiterten Schulhaus-Neubau Krämeracker setzen wir heute gewissermassen den Schlusspunkt unter eine wenig rühmliche Episode der jüngeren Ustermer Politik. Wie ist es zum Debakel kommen konnte, hat die KÖS mit ihrem Bericht ja aufgearbeitet. Viel ist darüber gesprochen und geschrieben worden und ich will an dieser Stelle nicht nochmals auf die Gründe für das Debakel eingehen. Allerdings möchte ich namens der SP-Fraktion auf zwei Punkte andere eingehen.

Erstens: Die Abrechnung wurde zweifellos korrekt erstellt, allerdings ist die in ihr ausgewiesene eine Million Franken, welche die Stadt Uster hier in den Sand gesetzt hat, nur ein Teil der Wahrheit. Alles in allem dürfte das Krämeracker-Debakel die Stadt Uster weit mehr kosten, als die vorliegende Abrechnung suggeriert. Werden neben den Kosten des Abbruchs auch die kommenden Kosten für einen neuen Wettbewerb, die Kosten für die notwendigen Provisorien sowie die Bauteuerung eingerechnet, so dürften Gesamtkosten von gegen 5 Millionen Franken entstehen. Das ist der wahre Preis, den die Ustermer Steuerzahlerinnen und -zahler zu bezahlen haben.

Zweitens: Ein berühmtes Sprichwort besagt ja, dass Fehler dazu da seien, um aus ihnen zu lernen. Ein anderes besagt, dass wer aus Fehlern nichts lernt, dazu verdammt ist, sie zu wiederholen. Welches dieser Sprichwort in Sachen Bauvorhaben in der Stadt Uster der Wahrheit näher kommt, wird natürlich erst die Zukunft weisen. Aus heutiger Sicht allerdings befürchte ich, dass wohl eher zweiteres zutreffend ist.

Zwar haben Primarschulpflege, Stadt- und Gemeinderat das Debakel aufzuarbeiten gesucht, doch beim Ziehen von Konsequenzen bleibt man nun auf halbem Wege stehen. Die Primarschulpflege hat die Schulraumplanung wie die jüngste Postulats-Antwort zeigte erst halbherzig gemacht. Das Geschäftsfeld Liegenschaften hat zwar ein Projekthandbuch erstellt, doch dieses hat nur für Bauvorhaben des Geschäftsfeldes Liegenschaften verbindlichen Charakter, nicht aber für Bauvorhaben anderer Abteilungen oder der Primarschulpflege. Und auf die Einsetzung eines Baufachorgans warten wir weiterhin vergeblich.

Vom Vorwurf, die Konsequenzen nicht gezogen zu haben, kann ich aber zu meinem Bedauern auch diesen Rat nicht ausnehmen. Da lässt er das Debakel durch eine Kommission zwar aufarbeiten und verlangt gestützt auf ihren Bericht mit einem Postulat eine Professionalisierung des Projektmanagements für Bauvorhaben. Doch als sich in der Postulats-Antwort zeigt, dass der Stadtrat auf halbem Wege stehen bleibt, lässt man die Sache auf bürgerlicher Seite plötzlich ruhen, statt – wie es eigentlich die Aufgabe des Parlamentes wäre – weiterhin nachzuhaken und Druck zu machen, damit das Analyisierte auch wirklich in Massnahmen umgesetzt wird.

So bleibt nur die bittere Erkenntnis, dass sollte es irgendwann zu einem weiteren Bau-Debakel kommen wird, sich dieser Rat dann mit an der eigenen Nase nehmen muss, weil er nicht mit dem nötigen Nachdruck agiert und es zugelassen hat, dass die Stadt Uster in Sachen Bauprojekt-Management seine Hausaufgaben nicht ausreichend gemacht hat. Hoffen wir, dass es nicht so weit kommt...

In diesem Sinne nimmt die SP-Fraktion Kenntnis von der Abrechnung und stimmt ihr zu.

Mit bestem Dank.

Stadträtin Sabine Wettstein ergreift das Wort. Sie bedauert, dass der Eindruck entstanden ist, dass die PSU den Gemeinderat nicht ernst nimmt, was nicht stimmt. Dass die Schulraumplanung noch nicht vorliegt, ist nicht gut, es wird aber auch sicher kein Neuanfang geplant, solange die Schulraumplanung nicht dem Rat präsentiert wurde. Betreffend Bauprojektmanagement: man ist in Kontakt mit dem GF Liegenschaften, um zu analysieren, was schief gelaufen ist. Das Ergebnis wird dem Gemeinderat kommuniziert werden. Es soll aus Fehlern gelernt werden.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung über den Antrag RPK:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 0 Stimmen

dem Antrag, die Kosten des Projektierungskredit seien um CHF 12'700 zu reduzieren, so dass sie sich auf CHF 912'532.10 belaufen, zuzustimmen.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 0 Stimmen

- 1. Die Abrechnung des Projektierungskredites Neubau Schulhaus Krämeracker mit Kosten von Fr. 912'532.10 inkl. MwSt. wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Primarschulpflege.**

5 Antrag der Primarschulpflege und des Stadtrates betreffend Erweiterung Schulanlage Oberuster: Genehmigung der Bauabrechnung (Antrag Nr. 360/2010)

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Gaby Seiler**.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrte Anwesende

Innerhalb der RPK wurde dieser Antrag am 8.2.2010 beraten, neben den Kommissionsmitglieder waren anwesend: Stadträtin Sabine Wettstein und Hr. Daniel Meyer als Vertreter der Primarschulpflege, Thomas Bornhauser, Abt. Liegenschaften sowie Hr. Weber vom Architekturbüro Weber Hofer Partner Architekten.

Die vorliegende Bauabrechnung weist ein Total von CHF 21'517'610.50 inkl. MWST aus, der diesem Erweiterungsbau zugrunde liegende Baukredit wurde am 6. Februar 2006 in der Höhe von CHF 19'988'000 durch den GR bewilligt und am 21.5.2006 durch die Volksabstimmung ebenfalls gutgeheissen. Die in der Aktenaufgabe aufliegende Bauabrechnung seitens des Architekturbüros sowie die Buchhaltung der Stadt Uster stimmen überein und weisen keine Differenzen aus.

Der ganze Projektzeit d.h. vom bewilligten Wettbewerbskredit durch den GR im Juli 2002 bis zur jetzt vorliegenden und zu bewilligenden Bauabrechnung umfasst also eine Zeitperiode von rund 7 Jahren und 7 Monate. Die Detailschritte im Antrag Nr. 360 entsprechend aufgeführt.

Die Schulanlage konnte termingerecht auf das Schuljahr 2008/09 d.h. am 8.8.2008 der Primarschule übergeben werden.

Die Schlussabrechnung liegt 7.65 % über dem bewilligten Baukredit, davon werden 7.6 % resp. CHF 1'519'516.05 der Bauteuerung zugewiesen; 0.05 % resp. CHF 10'094.05 werden als effektive Mehrkosten aufgeführt. Gestützt auf dieses Zahlengerüst kann sicher von einer Punktelandung gesprochen werden.

Zudem wird die Stadt Uster gem. Regierungsratsbeschluss vom 27.6.2006 einen Staatsbeitrag von ca. CHF 1.1 Mio sowie einen Subventionsbeitrag für die realisierte Doppelturnhalle von ca. CHF 250'000 erhalten. Die Nettokosten für den Erweiterungsbau liegen somit bei rund CHF 20,16 Mio. Der Antrag 360 auf der Basis der effektiven Baukosten ist aber korrekt.

Die Berechnung der Bauteuerung erfolgte jährlich aufgrund der abgerechneten Arbeiten, die Details dieser Berechnungen konnten in den Unterlagen entsprechend eingesehen werden.

Die im Rahmen meiner Kontrolle eingesehenen Rechnungsbelege waren vollständig, korrekt visiert und mehrheitlich auch korrekt kontiert. Ich konnte alle Buchungen nachvollziehen und entsprechend abgleichen.

Die wichtigen Projektergänzungen, die zu Zusatzkosten von rund CHF 482'000 geführten haben sind im Antrag 360 aufgeführt. Neben Zusatzkosten von rund CHF 170'000, die aufgrund einer Auflage bei der Baubewilligung ausserordentlich angefallen sind, betrifft dies Zusatzinvestitionen die im Original KV nicht so nicht vorgesehen waren.

Diese Zusatzauslagen konnten aufgrund Minderkosten resp. jeweils nicht ausgeschöpfter Budgets aufgefangen werden. Die Bauabrechnung und somit auch alle Projektänderungen sind durch die Primarschule und den Stadtrat gutgeheissen worden.

Anlässlich der RPK Sitzung waren diese Projektänderungen Gegenstand einer Diskussion, insbesondere da wie bei vielen Bauabrechnungen vor diesem Antrag und wohl auch bei diversen Abrechnungen nachher, der Punkt „wer kann Zusatzinvestitionen wann und in welchem Rahmen

bewilligen“ nicht abschliessend bestimmt werden konnte. Grundsätzlich herrscht innerhalb der RPK die Meinung, dass Vergabeerfolge nicht für Mehrinvestitionen, die nicht im KV vorgesehen waren, herangezogen werden können. Bezogen auf dieses Projekt wurde uns versichert, dass es sich bei allen Projektänderungen um sinnvolle Zusatzinvestitionen handelt, die sich erst im Laufe des Baus herauskristallisiert haben, es sei sicher auf die Kosten geachtet worden, aber in keiner Weise nach dem Motto: Wir haben das Budget noch nicht voll ausgeschöpft, was wollen wir noch verbauen.

Im weiteren wurde die grosse Abweichung von – 54 % der Position Baunebenkosten hinterfragt, es handelt sich dabei um im KV vorgesehene, aber nicht benötigte Kosten für die Fremdfinanzierung. FAZIT: Der Erweiterungsbau der Schulhausanlage Oberuster ist alles in allem sicher „ä gfreuti Sach“, die RPK hat der Abrechnung einstimmig mit 9: 0 zugestimmt und empfiehlt dem GR den Antrag 360 ebenfalls gutzuheissen.

15.2.2010 / für die RPK referiert Gabi Seiler

Die Vorsitzende fragt Stadträtin Sabine Wettstein an, ob sie das Wort wünsche. Sabine Wettstein gibt das Wort an Enrico Müller, Präsident des Projektausschusses, weiter.

Enrico Müller dankt im Wesentlichen allen beteiligten Personen an dem Projekt und weist darauf hin, dass es vor allem gute Leute braucht, um einem Projekt zum Erfolg zu verhelfen und weniger ein Projekthandbuch oder Bauprojektmanagement.

Stefan Feldmann repliziert entrüstet auf das Gesagte. Der Gemeinderat ist der Ansicht, es braucht ein Bauprojektmanagement, ein Handbuch usw. damit ein Krämeracker-Desaster zukünftig verhindert werden kann, der RPK-Präsident unterstreicht diese Notwendigkeit ausdrücklich, und jetzt dieses Votum! Der Gemeinderat verlangt Massnahmen und Herr Müller ist der Ansicht, es kommt nur auf die richtigen Personen an. Diese Haltung gegenüber dem Gemeinderat ist völlig deplatziert. Er hofft, dass die neue Primarschulpflege nach den Wahlen den Gemeinderat ernster nimmt.

Rudolf Locher

*Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin
Geschätzte Ratsmitglieder*

*Schon fast vergessen; **an das alte** Schulhaus Oberuster erinnern sich einige von uns, vielleicht wegen der **guten oder schlechten****Noten**.*

*Das neue Schulhaus Oberuster hat auch bereits eine junge Geschichte,
an welche sich die Behörden von Uster erinnern.
Abbruch, Umbau, Heimatschutz. Auch das ist erledigt.*

*Dem Kredit von beinahe 20 Mio stimmte das Volk mit grosser Mehrheit zu,
dies in einer Zeit, als die Konjunktur sich leicht zu erholen vermochte und Kreditüberschreitungen zu befürchten waren.*

Aber es kam anders, es kam besser.

Unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Bauteuerung, diese beläuft sich auf eine fiktive Summe von doch Fr. 1'529'610.-, schliesst die Endabrechnung mit einer Kreditüberschreitung von 0.05%, nämlich über Fr. 10'094.45 ab.

Natürlich kann man über diese Art und Weise von Abrechnung unter Berücksichtigung von Teuerungsindexen diskutieren, aber das System will es so.

Trotzdem nicht ganz korrekt, und dass möchte die FDP/CVP Fraktion gesagt haben, sind die verschiedenen Projektänderungen und Ergänzungen.

*Diese bestehen teils aus **amtlichen verfügbaren** nachträglichen Neuauflagen, **neuen pädagogischen Anforderungen**, wie z.B. die Schulraummöblierung, aber, und das möchten wir an dieser Stelle klar unterstreichen, wurden auch „Neuwünsche“ als Veränderungen und Anpassungen deklariert.*

*Diese Anpassungen erfüllen zwar die **vorgebrachten Argumente von Mehrnutzen**, sie waren jedoch in der **Kreditvorlage nicht enthalten**.*

*Unter Berücksichtigung zugesicherten Beiträge des Staates über Fr. **1'097'370.-** und des Betrages des Zürcher Kantonalverbandes für Sport von Fr. 250'000.- verbleiben der Stadt Uster Nettokosten von **18,6 Mio**.*

***Die FDP/CVP** fragt sich, und diese Frage stellen sich wahrscheinlich auch andere **Mitglieder des Gemeinderates**,*

*kann ein **Schulhaus** nicht einfach mit leichten Veränderungen und Anpassungen kopiert werden, weshalb muss alles neu erfunden werden. Wir meinen nicht, ohne Wettbewerb, aber als Grundlage würden alle Vorgaben, Pläne, Grundsatz- und auch Detailentscheide dienlich sein können und sich positiv auf die Gesamtkosten eines neuen Schulhauses einwirken.*

Das nennt die FDP/CVP sparen. Sparen ohne Qualitätseinbusse.

Wir möchten es nicht unterlassen, der Primarschule und vor allem auch dem Projektausschuss herzlich zu danken. Die FDP/CVP Fraktion genehmigt die vorliegende Abrechnung.

Rudolf Locher

Thomas Wüthrich

Was wir eben vom Vertreter der PSP gehört haben ist ungeheuerlich. Da wird vor wenigen Augenblicken im Gemeinderat gefordert, dass Baumanagement, Schulraumplanung und ein Projekthandbuch für Grossbauten unerlässliche Instrumente sind. Und jetzt behauptet der Projektleiter des Oberustermer Schulhauses „alles Chabis“. Was es brauche, seien Männer, die dieselbe Sprache sprechen. Dann komme es schon gut. Es ist nicht zu glauben.

Ich habe vorhin gesagt, dass es die PS verpasst habe mit der Weisung zum Krämeracker wieder Vertrauen aufzubauen. Aber es ist noch viel schlimmer. Mit dem Votum von vorher ist das Vertrauen auf unter Null gesunken.

Dabei wollte ich in meinem Votum die PSP für ihre Arbeit loben. Die Erweiterung des Schulhauses Oberuster sei offenbar bis zum Schluss ein Erfolgsgeschichte. Nicht nur seien die gesteckten Ziele erreicht worden: Raumprogramm erfüllt, architektonische Gestaltung gelungen und Termine eingehalten. Und was die Kosten beträfe könne von einer Punktlandung gesprochen werden. Ich hätte Bravo gesagt.

Aber so, es tut mir Leid, können sie die verdienten Lorbeeren nicht ernten.

Thomas Wüthrich, Gemeinderat Grüne

Gabriela Seiler führt namentlich aus, dass die SVP-/EDU-Fraktion die Bauabrechnung grundsätzlich gutheisst.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

- 3. Die Bauabrechnung betreffend Erweiterung Schulhaus Oberuster, zum Betrag von Fr. 21 517 610.50 inkl. MWST, wird genehmigt.**
- 4. Mitteilung an die Primarschulpflege und den Stadtrat nach erfolgter Beschlussfassung.**

6 Antwort des Stadtrates und der Sekundarschulpflege zur Motion Nr. 572 der Ratsmitglieder Marianne Siegrist, Balthasar Thalmann, Walter Meier und Werner Hürlimann betreffend «Einheitsgemeinde für Uster» - Zwischenbericht

Für die Motionäre referiert **Marianne Siegrist**.

*Sehr geehrte Gemeinderatspräsidentin
Geschätzte Anwesende*

*Die FDP/CVP Fraktion ist mit dem Zwischenbericht des Stadtrates bedingt zufrieden. Unserer Meinung nach könnte ein rascheres Tempo bei den Verhandlungen eingeschlagen werden. Die aufgezeigten notwendigen Schritte zur Bildung einer Einheitsgemeinde sind bekannt.
Um Deckungsgleichheit der Gemeinden zu erreichen, soll Nänikon zur Sekundarstufe Uster zugeschlagen werden. Die FDP/CVP Fraktion vertritt genau dieselbe Meinung wie der Stadtrat. Nänikon dürfen wir nicht aus der politischen Gemeinde Uster entlassen.
Damit dieses Ziel erreicht werden kann, muss unser Angebot für die Einwohner/innen von Greifensee und Nänikon einleuchtende Vorteile bringen. Das heisst, die Zustimmung für die Abtretung von Nänikon an die Sekundarstufe Uster hängt stark davon ab, wie optimal die Sekundarschüler/innen von Greifensee und Nänikon beschult werden und wo sie zur Schule gehen werden und zu welchem Preis.*

*Die FDP/CVP Fraktion favorisiert klar das Modell 2 des Vorschlags des Stadtrates. Uster übernimmt das Schulhaus Wüeri von der Oberstufenschule Nänikon-Greifensee und betreibt dieses. Die finanziellen Abgeltungen und Verträge müssen selbstverständlich fair verhandelt und abgeschlossen werden. Ganz wichtig ist es, dass Greifensee und Nänikon bei schulischen Themen ein adäquates Mitspracherecht eingeräumt wird. Genauso wichtig ist es, dass sich Uster vertraglich verpflichtet, das Schulhaus Wüeri weiterzuführen, damit die Sekundarschüler/innen dort zur Schule gehen können und ein qualitativ gutes Unterrichtsangebot erhalten.
Wir unterstützen dieses Modell nicht aus Machtgelüsten, dies möchte ich betonen, es sind folgende Gründe, die unseres Erachtens für das Modell 2 sprechen:*

Näniker und Greifensee Sekundarschüler können nach wie vor ins Schulhaus Wüeri.

Von einer kleinen Schulgemeinde können die Vorgaben der Bildungsdirektion weniger flexibel umgesetzt werden als von einer grossen. Zum Beispiel müssten bei einem Schülerrückgang im Wüeri mit grosser Wahrscheinlichkeit keine Kündigungen ausgesprochen werden. Die Lehrpersonen könnten in der ganzen Sekundarschule Uster eingesetzt werden.

Freifächer und Sonderangebote können von Wüeri Schülern in Uster besucht werden. Schon heute wird der Schulpsychologische Dienst Nänikon-Greifensee von Uster geführt, weil sich eine separate Führung für die kleine Schulgemeinde nicht lohnt. Dasselbe gilt für das Fach Deutsch als Zweitsprache.

Das Schulhaus Wüeri steht auf Ustermer Boden

Greifensee hätte tiefere Kosten, weil der Verwaltungsaufwand verkleinert würde.

In meinen Ausführungen bin ich bewusst sehr ins Detail gegangen. Ich habe die Vorteile für Nänikon-Greifensee noch lange nicht abschliessend aufgezählt. Ich bin überzeugt, dass es an den praktischen Dingen liegt, ob eine Lösung gefunden wird. Eine Lösung, der alle Beteiligten zustimmen können. Das wichtigste am Schluss liegt doch darin, dass die Schülerinnen und Schüler von Nänikon und Greifensee weiterhin eine gute Schule haben. Eine Schule, die gut erreichbar ist. Eine Schule, die kostengünstig arbeitet und den Lehrpersonen einen befriedigenden Arbeitsplatz gewährleistet.

Die FDP/CVP hofft, dass die Arbeitsgruppe effizient und zügig weiterarbeitet und Lösungen findet – im Sinne wie ich sie in meinen Ausführungen skizziert habe.

Die FDP/CVP nimmt vom Zwischenbericht zustimmend Kenntnis und wird die Motion als erheblich erklären.

*Für die FDP/CVP Fraktion
Marianne Siegrist*

Wermatswil, 15.2.2010

Die Vorsitzende fragt Stadtpräsident Martin Bornhauser und Sekundarschulpräsidentin Marianne Biber an, ob sie das Wort wünschen. Das ist momentan nicht der Fall.

Balthasar Thalmann

*Frau Präsidentin
geschätzte Anwesende*

Die SP-Fraktion ist erleichtert, dass die Gespräche über eine Einheitsgemeinde für Uster mit allen Beteiligten wieder aufgenommen werden konnten und dass offenbar auch eine konstruktive Diskussion geführt wurde. Das ist keine Selbstverständlichkeit, liegen doch die Interessen der Beteiligten sehr unterschiedlich. Dies löst auch Ängste aus, welche ernst zu nehmen sind. Für uns ist daher eines klar: diese Diskussion braucht Zeit. Für die SP ist nach wie vor klar, dass wir die Sekundarschulgemeinde in die politische Gemeinde integrieren und die Primarschule und Sekundarschule näher zusammenbringen müssen. Wir haben eine Volksschule und ein Volksschulgesetz. Aufgabe der Kommunen ist nun, den Bildungsauftrag so optimal wie möglich umzusetzen. Doppelspurigkeiten und ungelöste Schnittstellen – wie wir es heute haben – sind sicher nicht förderlich für die Umsetzung dieses Auftrags. Durch die 11 Jahre Volksschule muss ein roter Faden führen. Es ist ja kaum im Interesse unsere Schülerinnen und Schüler, wenn aus Organisationsgründen plötzlich etwas hapert. Und es ist auch nicht im Interesse der Steuerzahlenden, wenn die Institutionen nicht so optimal wie möglich strukturiert sind.

Aus institutioneller Betrachtung sind die beiden vorgelegten Varianten „Schulvertrag Nänikon“ und „Schulvertrag Greifensee“ wohl in etwa gleichwertig. Es ist daher richtig, wenn beide Varianten weiterverfolgt werden.

Jedenfalls braucht es aber einen Schulvertrag, was für uns ein durchaus gangbarer Weg ist. Bei der Ausgestaltung des Schulvertrags muss aber wohl das Wohl der Schülerinnen und Schüler im Vordergrund stehen. So ist es naheliegend, dass die Schülerinnen und Schüler aus Nänikon grundsätzlich das Schulhaus Wüeri besuchen sollen, ausser es seien aus pädagogischen Gründen

andere Lösungen in Betracht zu ziehen. Die Vorteile, welche die Sekundarstufe Uster aufgezeigt hat, wenn das Schulhaus Wüeri von der Sek Uster verwaltet wird, erscheinen uns plausibel. Es ist nachvollziehbar, dass die Sek Uster aufgrund ihrer Grösse bezüglich dem Einsatz der Lehrkräfte aber auch bezüglich die der Schule assoziierten Aufgaben wie Schulsozialarbeit flexibler auf die Bedürfnisse reagieren kann. Der Vorteil der Grösse zeigt sich auch darin, dass anfangs dieses Jahrs die Sek Uster den schulpsychologischen Dienst für Uster und Nänikon-Greifensee übernommen hat.

Wir erwarten von den Verantwortlichen, welche in diesen Prozess eingebunden sind, viel Gspürri, Verhandlungsgeschick und gegenseitiges Verständnis. Ziel muss es sein, dass in allen beteiligten Gemeinden den Stimmberechtigten eine Vorlage unterbreitet werden kann, welche letztlich zu einer Einheitsgemeinde Uster führt.

Was für uns undenkbar ist, ist die Vorstellung, dass für die Sek Uster eine Gemeindeversammlung eingeführt werden soll. Diesen Gedanken kann man ruhig vergessen. Es ist es nicht wert, auch nur eine Sekunde weiter darüber nachzudenken. Stellen Sie sich die Entwicklung vor: jetzt haben wir in den letzten Jahren darauf hin gearbeitet, dass die Sekundarschulpflege und die Schulverwaltung professioneller werden. So z.B. auch mit der Einführung der Leistungsaufträge und Golbalbudgets. Die Einführung einer Gemeindeversammlung stünde diesen Bestrebungen gegenüber. Das möchten wir unseren Kindern nicht zumuten.

Wir unterstützen deshalb den Antrag des Stadtrates und der Sekundarschulpflege, die Motion als erheblich zu erklären. Für den weiteren Prozess wünschen wir viel Erfolg. Und wer weiss, vielleicht haben wir in vier Jahren bereits eine andere Ausgangslage für die Wahlen.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Ruedi Gysi

*Frau Gemeinderatspräsidentin,
geschätzte Damen und Herren*

Mit der Einheitsgemeinde sind die anfallenden Aufgaben effizienter zu bewältigen und das wird zu einer Vereinfachung führen. Aber auch dem Bildungsauftrag für eine optimale Umsetzung für die Volksschule kann man so näher kommen. Nur so ist es möglich, dass Schüler während ihrer ganzen Schulzeit mit einem einheitlichen System und einer einheitlichen Führung betreut werden. Zudem ist es auch so, ob gut oder nicht gut, dass die Aussenwacht Nänikon halt doch zu Uster gehört. Die SVP/EDU Fraktion stellt sich nicht ganz geschlossen aber doch mehrheitlich hinter die Motion.

*Ruedi Gysi, SVP Gemeinderat
15.2.2010*

Thomas Wüthrich

Die Grünen danken der SSU für ihren ausführlichen Zwischenbericht. Die angestellten Überlegungen lassen doch die Hoffnung aufkommen, dass die Sekundarstufe auf die übernächste Legislatur hin in die politische Gemeinde integriert werden kann. Ein Ziel das die Grünen nach wie vor eindringlich befürworten.

Jede Lösung die letztlich ausgehandelt wird bedeutet eine Änderung des Status quo. Insofern sind geäußerte Bedenken und Befürchtungen nachvollziehbar und legitim.

Die Worte aus dem Gemeindeamt sind bei aller behördlicher Zurückhaltung deutlich. Es ist absolut zu vermeiden, eine Schulgemeindeversammlung aufzugleisen. Zielführender ist, die Energie in die Fusion zu investieren.

Und im Rahmen einer Fusion befürworten die Grünen die Variante, die eine Übernahme des Schulhauses Wüeri durch die SSU vorsieht. Allerdings muss der Gemeinde Greifensee ein faires Kostenangebot gemacht werden. Und vor allem eine Art Garantie, dass die SekundarschülerInnen von Greifensee langfristig – z.B. für die Lebensdauer des Schulhauses Wüeri – unterrichtet werden.

In diesem Sinne nehmen die Grünen vom Zwischenbericht zustimmend Kenntnis und unterstützen die Erheblichkeitserklärung der Motion.

Walter Meier

Sehr geehrte Präsidentin

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Als wir vor etwas mehr als einem Jahr die Motion 572 unterschrieben haben, war uns bewusst, dass die Verwirklichung des Anliegens länger Zeit braucht, als dies das parlamentarische Instrument „Motion“ zulässt. Deshalb bin ich mit der Zeitüberschreitung und dem Zwischenbericht durchaus einverstanden. Der Stadtrat hat unser Anliegen aufgenommen und will dieses umsetzen. Dazu: besten Dank!

Der grösste politische Druck (und auch das grösste Interesse), etwas an der bestehenden Situation zu ändern, hat die Sekundarstufe Uster. Die heutige Struktur – die Organe der Schulgemeinde sind die Stimmberechtigten, der Gemeinderat und die Schulpflege (immer: Gemeindegebiet Uster ohne Nänikon/Werrikon) – ist zweckmässig. Eine Gemeindeversammlung (anstelle des Gemeinderats) ist für mich keine Alternative.

Der Gemeinderat von Uster kann die Gebietsbereinigung den Oberstufenschulgemeinden nicht befehlen. Es braucht dafür ja die Zustimmung von vier verschiedenen „Gebietskörperschaften“. Und die Zustimmung kann man nur mit guten Argumenten erreichen. Ein Schulvertrag muss also so formuliert sein, dass für alle direkt Beteiligten (Einwohner von Greifensee, Nänikon und Werrikon) eine Win-Situation entsteht. Normalerweise ist ein Argument, das von den Stimmbürgern positiv estmiert wird, das eigene Portemonnaie. Der Schulvertrag muss also aufgesetzt werden, dass die Stimmbürger von Greifensee und Nänikon finanziell von der Gebietbereinigung profitieren.

Walter Meier, GR

Rolf Denzler

Bereits bei der Ueberweisung der Motion habe ich meine grosse Skepsis und meine starken Bedenken angebracht.

Die beiden Zwischenberichte und die Voten der Vorredner haben in keiner Art und Weise diese Bedenken ausräumen können. Weder der Stadtrat und die Sekundarstufe Uster als auch die Gemeinderäte konnten nicht aufzeichnen oder glaubhaft machen, dass die Schule für die Näniker und Greifensee effizienter und effektiver und die Entscheidungen und die Koordination einfacher und schlanker werde. Die vom Stadtrat aufgeführten Punkte auf Seite 4 seines Berichtes werden absolut verfehlt.

Ich halte nochmals fest: Für die Oberstufe Nänikon-Greifensee, die Näniker und Werriker und für Greifensee ist es kein Bedürfnis für eine Aenderung der bestehenden Schulorganisation. Wir alle sind so zufrieden. Die Oberstufe Nänikon-Greifensee ist überblickbar, überschaubar. Weil sie so schlank ist, sind die Entscheidungswege so kurz und pragmatisch. Sie kann daher viel flexibler und schneller bei anstehenden Problemen und Fragen der Schüler und Lehrer reagieren. Sie kann auf die Schüler und Schülerinnen gezielter Eingehen. Hier in Nänikon können wir individuelle Lösungen anbieten und realisieren. Das ist für Nänikon und Greifensee viel Wert. Qualität in schulischer als auch in infrastruktureller Hinsicht ist in Nänikon vorhanden.

Die Sekundarstufe Uster hat andere Probleme als wir es bei der Oberstufe Nänikon-Greifensee haben.

Das Argument, dass es für die Näniker günstiger werde, steht nicht im Vordergrund. Aus rein finanzpolitischen Ueberlegungen lässt sich bereits heute eine Steuerfussreduktion problemlos bewerkstelligen. Die Schulgemeinde hat dafür genügende Eigenmittel. Qualität ist uns etwas Wert.

Man weiss auch, dass grosse Unternehmensgebilde hohe Anforderungen an die Organisation und Führung nötig machen. Das geht alles zu Lasten der Schnelligkeit, Einfachheit und Effizienz. Es wird alles sehr techno- und bürokratisch. So wird das auch sein, wenn es zum Zusammenschluss von Primarschule und Sekundarstufe Uster kommt. Wir in Nänikon und Greifensee wollen nicht Mitglied eines solchen Schulmollochs sein.

Billiger wird es auch nicht. Bis heute hat weder der Stadtrat noch die Sekundarstufe aufzeigen können, wo die ersten Hundert Franken eingespart werden können.

Sicherlich können Synergien zwischen den Schulgemeinden genutzt werden (Sonderschulung, DAZ-Schüler usw.). Das soll man praktizieren. D.h. aber noch lange nicht, dass man auch fusionieren muss.

Bezüglich den Schulkosten von CHF 10'000, welche die Sekundarstufe für die Greifensee-Schüler verrechnen will, habe ich die allergrössten Zweifel. Da hat der Finanzchef der Sekundarstufe Uster falsch gerechnet. Da macht einer bestimmt Zweiter – und zwar die Sekundarstufe Uster. Als Gemeinde Greifensee würde ich dieses Angebot aus Finanzüberlegungen sofort annehmen.

Es ist unter Fachleuten bekannt, dass der Mittelwert der Schulkosten eines Schülers zwischen CHF 18'000 und CHF 23'000 beträgt. Das bestätigt das Büro Swissplan, welches weit über 80 Schulgemeinden im Kanton Zürich in der Finanzplanung unterstützt. Die durchschnittlichen Schülerkosten der letzten drei Jahre der vom Büro Swissplan erhobenen Gemeinden belaufen sich auf CHF 19'000 – CHF 21'000. Im oberen Bereich dieses Rahmens liegen auch die Schülerkosten der Oberstufen-Schüler von Greifensee.

Auf so ein Pferd wollen Sie aufspringen. Sie zahlen einmal diese Zeche.

Fazit: Es braucht absolut keine Aenderung – Es kann der Status quo belassen werden. Die Oberstufenschule Nänikon-Greifensee (Schulpflege und Lehrerschaft) hat kein Interesse an einer Veränderung. Wir wollen nicht die gute und effiziente Schule aufgeben, um das Problem der Rechtsform der Sekundarstufe Uster zu lösen. Auch müssen wir nicht immer obrigkeitstgläubig sein und alles übernehmen, was der Kanton oder die Regierung mit dem Herrn Notter wünscht.

Der von der Sekundarstufe Uster gemachte Vorschlag der Einführung einer Schulgemeindeversammlung ist daher der richtige Weg. Sie hat aufgezeigt, dass dies unproblematisch und gangbar ist. Das ist weiter zu verfolgen.

Mit der Erheblicherklärung der Motion wird die Option eines Zusammengehens von Nänikon und Greifensee wieder aktuell und Auftrieb erhalten - eine Option, welche unser Stadtpräsident als Vorstandsmitglied des Gemeindevereins Nänikon seinerzeit mit grossem Einsatz und Ueberzeugung vertreten hat.

Zum Schluss muss noch die Sekundarstufe Uster gerügt werden. Ihr Vorgehen, wie sie ihre Vorschläge an die Oeffentlichkeit gebracht hat, entbehrt jeglichem politischen Verständnis. Sie hat alle anderen involvierten arg brüskiert. So macht man das nicht. So ein Selbstherrliches Vorgehen bringt kein Vertrauen für ein Zusammengehen. Bevor der Bericht zur Motion nicht vorliegt, geht man nicht an die Oeffentlichkeit.

Also seien Sie kritisch und lehnen sie die Erheblichkeitserklärung ab.

*15.2.20010
Rolf Denzler*

Stadtpräsident Martin Bornhauser führt aus, es freue den Stadtrat, dass der Rat eine Einheitsgemeinde will. Das Wohl der Schüler steht an der Spitze, deshalb soll kein Zeitdruck das Vorhaben beeinträchtigen. Die vier Jahre, die Thomas Wüthrich prognostiziert, sind daher sehr optimistisch. Die Sperrminorität stellt die Oberstufe Nänikon-Greifensee dar. Uster muss ihnen gegenüber daher als Bittsteller auftreten und ihnen die Vorteile aufzeigen, die ein Zusammenschluss auch für sie haben kann. Es braucht Zeit, dieses Vertrauen aufzubauen, damit alle fünf Akteure mitmachen. Er bittet um endgültige Erheblicherklärung der Motion.

Sekundarschulpräsidentin Marianne Biber weist namentlich darauf hin, dass sich für die Schüler im Wüeri nicht ändern wird und dies bei allen Varianten, die im Gespräch sind. Die Variante 2 wird seitens der SSU favorisiert. Sie bekräftigt, dass die Vorgabe von CHF 10'000 Schulkosten wirklich möglich ist, auch wenn dies nun von Rolf Denzler angezweifelt wird. Es ist sicher eine gute Lösung.

Stadtpräsident Martin Bornhauser ergreift nochmals das Wort und meint, es sei klar, wie es mit Nänikon herauskommt, wenn Frau Biber so redet. Der Gemeinderat sollte der SSU vorschreiben, wie sie sich verhalten soll gegenüber der Oberstufe Greifensee-Nänikon.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung über die Antwort Stadtrat:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 2 Stimmen

Die Motion als erheblich zu erklären.

Abstimmung über die Antwort Sekundarstufe (Ausstand Näniker):

Der Gemeinderat beschliesst

mit 25 : 0 Stimmen

Die Motion als erheblich zu erklären.

**7 Motion Nr. 611 der Ratsmitglieder Petra Bättig und Matthias Bickel betreffend
«Alternative Heizsysteme in geschützten Ortsbildern»**

Für die Motionäre referiert **Petra Bättig**.

*Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin
Geschätzte Anwesende*

Uster ist eine moderne Stadt, sie trägt das Label Energiestadt, will bald Energiestadt Gold werden, ist eine Velostadt und ist eingebettet in ein wunderschönes Naherholungsgebiet. Kurz, der Umweltschutz und die Erhaltung einer intakten Umwelt werden in Uster gross geschrieben. Diese Anliegen unterstützen auch wir von der FDP/CVP Fraktion. Mit der vorliegenden Motion wollen wir ein Zeichen setzen, für den Energieträger der Zukunft.

Umweltpolitik ist heute vor allem Subventionspolitik. Neben dem Kanton will ja auch die Stadt Uster mit Hilfe des Ökofonds in Zukunft Projekte im Bereich von alternativen Energien subventionieren. Das ist eine Möglichkeit, diese zu fördern. Doch für uns Liberale ist dies nicht immer der richtige Weg. Wir möchten mehr die Eigenverantwortung fördern und unterstützen. Diese Eigenverantwortung gilt auch für den Umgang mit der Umwelt und unseren natürlichen Ressourcen. Wer in Zukunft in Uster Sonnenenergie nutzen will, soll freien Weg dazu haben, einfach und unbürokratisch, ohne Kosten für die Stadt Uster.

Ich möchte Sie dazu nicht mit Zahlen langweilen zum Anstieg der CO2 Konzentration oder zum steigenden Energieverbrauch in der Schweiz. Es reicht, wenn man weiss, dass moderne Solaranlagen bereits nach vier Jahren Nutzungsdauer ihre Herstellungskosten amortisiert haben und von da an reine, emissionsfreie Energie produzieren. Sonnenenergie ist gratis, nicht nur für's Portemonnaie sondern ab da auch für die Umwelt. So reduziert jede Nutzung von alternativer Energie, die dank weniger bürokratischen Hürden zustande kommt, den CO2-Ausstoss und bedeutet mehr Umweltschutz.

Die Volksinitiative der FDP Zürich hat dazu den ersten Schritt gemacht. Sie will rechtliche Hürden bei der Bewilligung von energetischen Gebäudesanierungen und für die Nutzung von Solaranlagen abschaffen. Dass dies ein grosses Bedürfnis ist, konnten wir beim Sammeln von Unterschriften für diese Initiative an der Ustermesse direkt erleben. Praktisch alle, ob von links oder rechts, wollten dies unterschreiben. Die Reaktionen waren durchwegs positiv und in kürzester Zeit kamen so sehr viele Unterschriften zusammen. Das hat uns darin bestärkt, dass wir in Uster auch noch einen Schritt weiter gehen können. In Uster sollen auch die Kernzonen und geschützten Ortsbilder nicht von dieser Möglichkeit ausgenommen sein. Uster ist eine moderne Stadt. Unsere Stadt ist kein Ballenberg, das auch in einhundert Jahren noch genau gleich wie heute aussehen soll. Abgesehen davon ist die Solartechnik in Entwicklung. Moderne Solaranlagen sind optisch ansprechend und diskreter. Sie sind aber vor allem immer effizienter und produzieren immer schneller saubere, emissionsfreie Energie. Davon sollten wir in Uster Gebrauch machen. Wenn Sie unsere Motion unterstützen, kann die Sonnenenergie in Zukunft, einfach, unbürokratisch und von allen genutzt werden. Für eine saubere, umweltfreundliche Stadt, die das Label Energiestadt Gold auch wirklich verdient, für ein modernes Uster bitte ich Sie unsere Motion zu unterstützen. Vielen Dank.

Petra Bättig

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Stadtrat Thomas Kübler verneint dies und legt den Motionären nahe, diese in ein Postulat umzuwandeln. Dann sei der Stadtrat auch bereit, dieses entgegenzunehmen. Zur Begründung führt er aus, dass das Thema durchaus was für sich hat. Sollte es aber anlässlich einer Motion behandelt werden, steht dem die kommunale und kantonale Gesetzgebung gegenüber. Die Motion nimmt nur einen Aspekt im Zusammenhang mit schützenswerten Dachlandschaften raus, einer, der nicht vereinbar ist mit anderen Aspekten (Licht in Dachfenstern usw.).

Die Vorsitzende fragt die Motionäre an, ob sie bereit sind, dass diese in ein Postulat umgewandelt wird. Petra Bättig bestätigt dies.

Die Motion Nr. 611 wird demnach in ein Postulat umgewandelt.

Benno Scherrer

Umweltschutz statt Ökosymbolik - dieser FDP-Slogan hängt von vielen Plakatwänden.

Richtig: Alternative Heizsysteme tragen zum Umweltschutz bei...und die Begründung der Motion ist ja tatsächlich (zumindest im 2. und 3. Abschnitt) grün. Die Begründung könnte ja beinahe schon von uns kommen.

Aber...es verwundert schon, wenn aus der Partei mit dem Vorsteher der Abteilung Bau -- einem Juristen - keine juristische Beurteilung eines Vorstosses vorgenommen wird, bevor man ihn einreicht.

Wir würden die FDP Uster nicht bremsen wollen, wenn sie schon ein grünliberales -- Entschuldigung: ein grünes und liberales Anliegen einbringt...

Aber: die Forderung, dass geschützte Ortsbilder nicht beeinträchtigt werden dürfen -- da macht die FDP in erster Linie Ökosymbolik...und sie lässt es (trotz Juristen in ihren Reihen) an juristischem Sachverstand mangeln...

In der gültigen kantonalen Bauverfahrensverordnung (BVV)14 ist in Paragraf 1 klar festgehalten, was keiner baurechtlichen Bewilligung bedarf:

k.9 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie auf Dächern in Bauzonen, soweit sie 35 m2 nicht überschreiten und eine zusammenhängende, die übrige Dachfläche um höchstens 10 cm überragende Fläche bilden; solche Anlagen sind jedoch bewilligungspflichtig in Kernzonen sowie im Geltungsbereich einer andern Schutzanordnung oder eines Ortsbild- oder Denkmalschutzinventars.

Von da her kann die BZO der Stadt Uster nicht geändert werden, da bräuchte es eine Gesetzesänderung auf kantonomer Ebene. Uster ermöglicht bereits das, was ohne Bewilligung möglich ist. Ein anderer Vorstoss müsste aber auf kantonomer Ebene eingereicht werden.

Die FDP Uster will Art. 49 der BZO ändern, ergänzen und streichen. Aber ehrlich gesagt, ist es mir noch nicht ganz klar, was die FDP will.

Ziel scheint die Vereinfachung der Bewilligungsverfahren zu sein (so steht es im Antrag)

Der Titel zielt auf Heizsysteme in geschützten Ortsbildern (und meint wohl vor allem Warmwasseraufbereitung)

Und inhaltlich ergänzt werden soll in Art. 49 der BZO ein Passus für Photovoltaik -- ohne dass den Motionären dieser Begriff bekannt zu sein scheint (ob sie auch die Anlagen nicht kennen?) -- und sie ihn mühsam mit Mitteln zur Energieerzeugung umschreiben.

*Dafür soll der Passus *geschützte Ortsbilder dürfen nicht beeinträchtigt werden* gestrichen werden. Will die FDP geschützte Ortsbilder beeinträchtigen? Kennt sie die kantonalen Grundlagen nicht?*

Zudem: müssen wir wirklich die Dachflächen in geschützten Ortsbildern ohne jegliche Einschränkungen frei geben, ohne Güterabwägung? Da muss man sich doch schon fragen, ob es nicht genügend andere, geeignete Dachflächen gibt, die keine schutzwürdigen Interessen tangieren.

97% des Gebäudebestandes ist nicht in geschützten Ortsbildern -- oder anders gesagt: auf 97 von 100 Dächern können in Uster bereits ohne Bewilligung Solaranlagen installiert werden.

Ich weiss nicht, auf wie wenigen bereits solche Anlagen stehen. Aber 97 von 100 Hausbesitzer können bereits jetzt, ohne Bewilligung, ohne Papierkrieg -- und mit Fördergeldern (dafür müssen sie dann doch Formulare ausfüllen, dürfen Fristen nicht verpassen, müssen aufpassen, den richtigen Zeitpunkt, die richtige Aktion nicht zu verpassen...) -- Solaranlagen auf dem Dach montieren lassen.

Für die Warmwasseraufbereitung verstehe ich das Anliegen, eine solare Warmwasseraufbereitungsanlage ist praktisch, günstig und problemlos zu installieren, deshalb sollen solche Anlagen auch hier zugelassen werden. Aber es braucht eine Güterabwägung. Also wird es durchaus möglich sein, auch in geschützten Ortsbildern solche Anlagen zu erstellen. Wir haben ja ohnehin kaum eine Dachlandschaft, die so schützenswert ist -- und auf Einzelobjekten gehören Sonnenkollektoren unseres Erachtens zum Bild des 20. Jahrhunderts

Weil ich gerade selber an der Planung einer solchen Anlage bin, weiss ich, dass es in Uster dafür keine Bewilligungen braucht. Wenn man eine solche Anlage erstellen will, und die entsprechenden Spezialisten hat, geht es also ganz leicht.

Für Photovoltaikanlagen verkommt die Motion aber definitiv zu Ökosymbolik...denn hinter dem Burghügel sind die Standorte alles andere als vorteilhaft. Besser geeignet sind da die Einfamilienhäuser in Wermatswil, Sulzbach und anderen sonnigen Lagen.

Zurück zu Umweltschutz statt Ökosymbolik:

Viel entscheidender wird sein, dass die FDP in Zukunft bei städtischen Bauvorhaben wie wir von der evp/glp-Fraktion nicht mehr mit dem Minergiestandard zufrieden gibt, sondern Minergie-P einfordert, die FDP soll bereit sein, bei städtischen Gebäuden konsequent auf alternative

Heizsysteme zu setzen -- und die grossen Dachflächen mit Photovoltaik zu bestücken.

Wir von der Fraktion der EVP/Grünliberalen hoffen, dass die FDP auch weiterhin liberal und grün politisiert.

Umweltschutz statt Ökosymbolik -- wir werden sie in Zukunft an diesem Slogan messen...

Als Postulat kann der Vorstoss überwiesen werden. Als Motion könnten wir den Vorstoss aber mit bestem Willen nicht unterstützen, für reine Symbolik sind wir auch vor den Wahlen nicht zu haben.

Benno Scherrer Moser

Rolf Denzler

Grundsätzlich verfolgt der Vorstoss einen positiven Ansatz und will alternative Heizsysteme überall möglich machen.

Doch greift sie zu kurz und ist nicht ausgewogen.

Die Dachgestaltung in Dorf- und Kernzonen, in geschützten Ortsbildern unterliegt hohen ästhetischen Anforderungen. Die Dachlandschaften prägen das geschützte Ortsbild. Die Dachformen sind Zeichen der Geschichte und der Siedlungsentwicklung. Das soll gemäss PBG in Kern- und Dorfzonen erhalten und geschützt sein.

Ich hege grossen Zweifel, ob die Ziele der Motion überhaupt bewilligungsfähig sind. Sie widersprechen krass dem kantonalen, übergeordneten Recht. Die neue Baubestimmung verstösst bzw. widerspricht dem Ästhetik-Paragraphen des kantonalen PBG's. So müssen Bauten und deren Dächer in das Ortsbild passen und eine befriedigende Gesamtwirkung erfüllen (§ 238 PBG).

Wenn bezüglich der Dachnutzung eine Anpassung erfolgen soll, so kann das nicht nur auf alternative Heizsysteme und Sonnenkollektoren beschränkt werden. Wenn über eine Dachgestaltungsreform gesprochen wird, so ist eine Änderung der Rechtsnormen gesamtheitlicher anzugehen. Insbesondere ist dabei die weitere Möglichkeiten der Dachnutzung und Dachgestaltung zu prüfen und zu klären. Es sind dies u.a. folgende Punkte:

- Dachfenster (Grösse, Anzahl). Bei verdichtetem Bauen und Nutzung der Dachgeschosse zu Wohnzwecken ist auch genügend Licht nötig.*
- Lukarnen, Dachgauben, Ochsenaugen (Formen/Grösse)*
- Dachgibel – insbesondere Kreuzgibel möglich?*

Aus diesen Gründen ist der vorliegende Vorstoss in Form der Motion völlig fehl am Platz.. Die SVP/EDU-Fraktion würde daher die Motion nicht überweisen.

Es ist richtig, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird.

Die SVP/EDU-Fraktion wird der Ueberweisung als Postulat zustimmen, wenn die Nutzung und Ausgestaltung der Dächer in geschützten Ortsbildern (Dorf- und Kernzonen) gesamtheitlich überprüft wird, d.h. auch Fragen bezüglich Dachfenstern, Gibelformen, Lukarnen usw. mit einbezogen werden.

15.2.2010

Rolf Denzler

SVP/EDU-Fraktion

Simone Michel

Welche Freude, dass auch die FDP grün wird! Bald werden wir Grüne hier im Rat zusammen mit der GLP, EVP, SP und neu auch noch der FDP grüne Anliegen noch und nöcher durchbringen. Ich hoffe, dass diese grüne Färbung bis nach den Wahlen hält...

Isolation und Heizsysteme sind neben der Mobilität die wichtigsten Einflussfaktoren des Co2-Ausstosses und somit sind sie die klimarelevanten Faktoren der Schweiz. Es ist also ein wichtiges Thema, welches die FDP bringt.

Damit Umweltschutz nicht zur Ökosymbolik verkommt, wie die Postulaten formulieren, bedürfte es die Streichung des Satzes „geschützte Ortsbilder dürfen nicht beeinträchtigt werden“ hingegen nicht. Denn nach den Angaben aus der Abteilung Planung und Bau sind auf dem Gemeindegebiet von Uster nur rund 5% der Gebäude an diesen Schutz gebunden. Für 95% der Dächer steht also schon heute dem Aufstellen von Solaranlagen nichts im Wege. Trotzdem unterstützen wir die grundsätzliche Priorisierung erneuerbarer Energienutzung gegenüber dem Heimatschutz, also Umwelt- / Klimaschutz vor Heimatschutz.

Aber es stellt sich die Frage, wieso bis heute nicht mehr Solaranlagen auf Usters Dächern stehen. Das kann nicht auf den Heimatschutz zurückzuführen sein.

Solare Wasservorwärmung wird heute in Uster zu wenig gefördert. Das könnte geändert werden durch z.B. Investitionssubventionen von Solaranlagen wie es in Illnau-Effretikon gemacht wird. Hier in Uster haben wir, d.h. die Energie-Uster, den Ökofonds, aus welchem solche Subventionen fliessen könnten....

Wie auch immer, die Grünen stimmen der Motion zu, weil sie mit einer Vereinfachung der Bewilligung für Solarkollektoren tatsächlich eine unnötige Hürde abgebaut wird.

*Für die Grünen
Simone Michel*

Balthasar Thalmann

*Frau Präsidentin
geschätzte Anwesende*

Gerade vorweg. Die SP-Fraktion kann der Motion nicht zustimmen, sie ist aber bereit, das Anliegen als Postulat zu unterstützen.

Die Motionärin und der Motionär haben das Einreichen dieser Motion unter den Titel „Umweltschutz statt Ökosymbolik“ gestellt. Was in erster Linie bestechend tönt, zeigt sich beim genaueren betrachten, dass die Motion wirklich nur Ökosymbolik ist. Die Motion betrifft nämlich nur einen Bruchteil der Bauzonen von Uster. Aber gerade in diesen Ortsbildschutzzonen ist es wichtig, dass wir sorgfältig deren bauliche Weiterentwicklung ermöglichen. Einfach Solaranlagen bewilligen, nur weil man Solaranlagen im Grundsatz gut findet - das kann's nicht sein. Das würde zu einer Zerstörung unserer Dorf- und Kernzonen führen, aber auch zu einer mindestens indirekten Ungleichbehandlung. Bezüglich Dachgestaltung gelten in diesen Zonen richtigerweise relativ strenge Bestimmungen. Es wäre völlig unzweckmässig, wenn man für die Solaranlagen jetzt einfach eine Sonderbehandlung

festschreiben würde. Wir müssen die Relationen im Auge behalten: mit Solaranlagen auf den Dächern in Ortsbildschutzzonen haben wir längst kein AKW ersetzt.

Dennoch sind wir von der SP-Fraktion aber der Ansicht, dass es durchaus zweckmässig ist, die Dachgestaltung und damit auch die Einbettung von Solaranlagen in den Ortsbildschutzzonen zu prüfen. Ob's dann letztlich tatsächlich zu einer Änderung der Bauordnung kommt, ist gar nicht wichtig. Mindestens sollte aber die Bewilligungsbehörde eine transparente Praxis entwickeln, damit es für einen Bauwilligen einfach ist, eine gangbare Lösung für eine Solaranlage zu entwerfen. Diese Praxis gestaltet sich in den bäuerlich geprägten Siedlungsstrukturen wie in Nänikon oder Sulzbach anders als in den Kernzonen von Kirchuster. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Bauordnungsbestimmungen für die Ortsbildschutzzonen grundsätzlich gut sind und nicht angetastet werden sollten. Damit die Dachgeschosse aber einfacher belichtet werden können, sollte der Stadtrat aber dennoch prüfen, ob es nicht zweckmässig wäre, wenn wir auch in Uster vermehrt Lichtbänder zulassen würden. Das sind ca. 30cm breite Glasbänder, die sich horizontal oder vertikal über die Dächer ziehen. Erfahrungen in anderen Gemeinden haben gezeigt, dass damit architektonisch absolut überzeugende Lösungen gefunden werden können. Uster soll sich eher an solchen Beispielen orientieren als die schönen Dachlandschaften mit beliebigen Dachaufbauten zu zerstören. Erinnern wir uns doch an die Begründung, weshalb Uster 2001 mit dem Wakkerpreis ausgezeichnet wurde: „Dank beispielhafter planerischer und baulicher Massnahmen ist es der Stadt Uster gelungen, in der zunehmend anonymen schweizerischen Agglomerationslandschaft eine eigene Identität zu schaffen. Der Siedlungsraum wurde klar vom ländlichen Raum getrennt, eine hochwertige, zeitgenössische Architektur aktiv gefördert und die alte Bausubstanz respektvoll in die Gegenwart integriert.“ Und genau um die alte Bausubstanz bzw. die alte Bebauungsstruktur geht es auch in den Ortsbildschutzzonen. Einen respektvollen Umgang bedingt aber auch Grundeigentümer und Architekten, die gewillt sind, ihren Beitrag zur Baukultur in Uster zu leisten. Wir, d.h die öffentliche Hand sollen hierzu einen geeigneten Rahmen schaffen.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung über das Postulat Nr. 611:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 Stimmen

das Postulat zu überweisen.

8 Interpellation Nr. 612 des Ratsmitglieds Walter Strucken betreffend «Gesundheitsversorgung in Uster»

Der Interpellant **Walter Strucken** referiert:

*Geschätzte Gemeinderatspräsidentin,
liebe Gemeinderatskolleginnen und – Kollegen*

Im Gesundheitswesen ist zurzeit vieles im Umbruch. Das wichtigste dabei ist wohl die laufende Spitalplanung 2012. Die erste Etappe ist jetzt abgeschlossen und zeigt interessante, wenn auch nicht ganz unerwartete, Resultate. Für unsere Region wird bis 2020 mit einem Zuwachs an Pflgetagen von 8% gerechnet. Dies hat stark mit der demografischen Entwicklung zu tun. Bedeutet das, dass wir unsere Angebote in Uster ausbauen müssen? Zur Diskussion steht auch eine Änderung der kantonalen Spitalfinanzierung, wonach die Gemeinden ab 2012 von der Verantwortung der Grundversorgung entbunden werden sollen, gleichzeitig wird aber bereits in diesem Jahr die neue Pflegefinanzierung eingeführt, welche die Gemeinden bedeutend mehr belasten wird als bisher.

Mit meiner Interpellation möchte ich vom Stadtrat Antwort auf eine ganze Reihe von Fragen. Einige der Fragen betreffen das Spital Uster direkt und müssten eigentlich von dort beantwortet werden. Nun kennt eben der Zweckverband des Spitals Uster diese Anfragemöglichkeit nicht. So gelange ich an den Stadtrat Uster, welcher dank seiner Position als Vertreter der grössten Verbandsgemeinde im Zweckverband Mittel und Wege finden wird, auf meine Fragen Antworten zu erhalten. Ich danke ihm jetzt schon dafür.

Die insgesamt 8 Fragen lassen sich in drei Themenbereiche zusammenfassen:

- 1. Fragen zum Gesundheitsbereich als Wirtschafts- und Standortfaktor*
- 2. Fragen zur möglichen Entwicklung der bereits ansässigen Gesundheitsinstitutionen und allfälligen Neuzuzügen*
- 3. Fragen zu den zu erwartenden Auswirkungen auf den Finanzhaushalt der Stadt Uster.*

Im Zusammenhang mit dem ersten Fragenbereich möchte ich Auskunft zum Stand der Dinge im allgemeinen und zum Projekte SanUster.

Der zweite Themenbereich umfasst die zu erwartende Entwicklung des Spitals, des ganzen Gebiets Wageren sowie auch die Frage, ob der Stadtrat auch an anderen Orten noch Gesundheitsinstitutionen sieht.

Und der dritte Themenbereich betrifft das Geld. Für uns als Kommunalpolitiker ist es doch eine spannende Frage, wie sich die Lastenverschiebungen im Pflegebereich und im Spitalbereich unter dem Strich für den Gemeindehaushalt auswirken.

Gerade in Uster ist der Gesundheitsbereich ein ganz wichtiger Standortfaktor. Letzte Woche konnten wir es in der Antwort des Stadtrates auf die Anfrage von Balthasar Thalmann betreffend Wirtschaftsstruktur in Uster nachlesen, wie wichtig in Uster die Branche Gesundheit und Sozialwesen ist, wurde doch dort die stärkste Zunahme an Arbeitsplätzen in der Zeit von 2005 – 2008 festgestellt. Auch das Wirtschaftsforum hat in seinem Papier erwähnt, dass das Potenzial der Gesundheitsbranche in Uster gross ist. Dass dieses genutzt werden kann, müssen wir von der Politik die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen. Die Interpellation soll eine Grundlage hierzu sein. Die Stossrichtung der Interpellation entspricht aber auch genau den Zielsetzungen des Stadtrates, welcher ebenfalls eine starke Gesundheitsversorgung in Uster möchte. Und nicht zuletzt geht es auch darum, dass wir unserem grössten Arbeitgeber, dem Spital Uster, eine adäquate „Umgebung“ bereitstellen können.

Mit dieser Interpellation möchte ich eine Basis bilden, damit wir als Gemeinderat über die Zukunft des Gesundheitssektors diskutieren können – möglichst auf einer sachlichen Basis ohne Spekulationen und Behauptungen.

Ich bitte um Unterstützung der Interpellation.

Walter Strucken

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 14 Stimmen

die Interpellation zu unterstützen.

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er das Postulat sogleich mündlich oder innert drei Monaten schriftlich beantworten will. Stadträtin Esther Rickenbacher führt aus, dass sie schriftlich antworten werden.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 22. März 2010 statt.

Schluss der Sitzung

22.00 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Die Präsidentin
Claudia Wyssen

Datum

Die Stimmenzähler:

Stefan Feldmann

Walter Meier

Andres Kunz